

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzeln in der Post-Vertheilung. Preisliste für 1895 unter Nr. 7128.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfsprachige Zeitschrift über deren Raum 40 Pf., für Bericht- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Jun 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 31. Januar 1895.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Zu Beginn eines neuen Monats richten wir an alle Freunde und Parteigenossen die dringliche Bitte, für die Erweiterung unseres Abonnentenkreises mit aller Energie thätig zu sein. Gegen die Partei, deren Zentralorgan der „Vorwärts“ ist, haben die vereinigten Parteien der Reaktion, denen der Boden unter den Füßen wankt, jetzt alle ihre Kräfte aufgeboten; durch ein neues Knebelgesetz soll die zahlreichste Partei in Deutschland, mundtot gemacht, und für unsere Feinde und des Volkes Feinde die Ruhe des Reichshofes hergestellt werden, damit sie ungestört ihre gemeinschädliche und gemeingefährliche Arbeit verrichten können. Die Kämpfe, in denen wir stehen, sind von entscheidender Bedeutung; und die Verhandlungen des Reichstages über die sogenannte Umsturzvorlage, die jetzt in der Kommission sich abspielen, bald aber im Plenum stattfinden werden, sind von ganz besonderer Wichtigkeit. Unter diesen Umständen ist es doppelt notwendig, daß die Parteigenossen sich in dem Zentralorgan der Partei über alle Vorkommnisse aufs genaueste unterrichten, und daß sie dafür sorgen, daß der „Vorwärts“ immer weiter verbreitet wird. Je größer die Verbreitung des Zentralorgans, desto größer sein Einfluß und seine Wirksamkeit, und desto größer die Macht der Partei.

Die Redaktion des „Vorwärts“ wird bemüht sein, ihre Pflicht zu thun, und das Zentralorgan der Partei würdig zu machen!

Mit dem 1. Februar eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungsbedeute, sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

2,20 M. für die Monate Februar u. März entgegen. (Eingetragen in die Post-Zeitungsliste für 1895 unter Nummer 7128.)

Nach Beendigung des Romans: „Im Exil“, bringen wir zunächst „Ein Blatt südamerikanischer Geschichte“, eine lebensfrische Skizze aus Südamerika, deren Verfasser aus dem Vorn seiner eigenen Erlebnisse und Erfahrungen schöpft und ein wahrheitsgetreues Bild der Zustände in jenen Landstrichen giebt.

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

Am Exil.

64

Roman von Georges Renard. Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

Das Leben, das gegen René so lange herbe und grausam gewesen war, schien jetzt leichter werden zu wollen. Aus der Schweiz kam ihm eine zweite Freude. Die „Romanische Revue“, die Herr de Marnand in Lausanne leitete, war mit seinem Tode eingegangen. Ein Kreis von Freunden der Literatur war mit der Gründung einer andern beschäftigt, die wirklich modern, von freihellichem Geiste getragen werden, den philosophischen Diskussionen offen stehen und allen Talenten, wie allen Theorien zugänglich sein sollte. Kurz, sie sollte die geistigen Strömungen der kleinen französischen Schweiz, die in ihren ruhmreichsten Epochen die Führerin Frankreichs zur Demokratie, zum Verständnis der Natur und der Literatur der übrigen Länder gewesen war, zusammenschließen und fördern. Man wollte an die Spitze dieser Revue einen Mann setzen, der Frankreich und die Schweiz gleich gut kannte. René's Name war da genannt, und Pastor Borel, sein alter Freund, war beauftragt worden, die Unterhandlungen mit ihm anzuknüpfen.

Da fand ein seltsamer Kampf in der Seele des jungen Mannes statt. Sollte er als freiwilliger Exiliter wieder nach dem Lande zurückkehren, wo er so oft unter dem Martyrium des Exils gelitten hatte? Die Versuchung war eine mächtige. Man bot ihm eine geficherte, ehrenvolle Stellung

Dann folgt eine Erzählung aus dem Leben: „Zu Tode geht“, von Franz Held. Diese Erzählung beruht durchweg auf gerichtlichen Akten, die von uns dem Verfasser zur Verfügung gestellt worden sind, und sie zeigt, wie heute der, welcher von seinem Rechte nicht weicht, „in Form Rechtsens“ zu Grunde gerichtet werden kann.

Nach Schluß von: Zu Tode geht! beabsichtigen wir den früher angekündigten Roman, die Berliner Märzereignisse des Jahres 1848 behandelnd, zu veröffentlichen.

Indem wir so bestrebt sind, unsere Leser zufrieden zu stellen, dürfen wir uns auch der Hoffnung hingeben, daß dieser Aufruf an die Freunde und Genossen seinen Zweck nicht verfehlen wird.

Berlin, Januar 1895.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Sind die bestehenden Innungen wirklich Handwerker-Verbände?

In der Reichstags-Sitzung vom 15. Januar wurde über die geplanten Handwerkerkammern verhandelt und bei dieser Gelegenheit von den Innungs-Freunden die Innungen wieder einmal als ein festes Bollwerk des heutigen Handwerks hingestellt. „Die Innungen müssen jedenfalls erhalten und dürfen ihrer Rechte nicht beraubt werden, im Gegenteil, ihre Rechte müssen erweitert werden“, sagte der Zentrumredner Hitze und verlangte damit Ausdehnung der Innungs-Organisation auf das gesammte Handwerk. In dasselbe Horn blies der konservative Innungsbruder Jacobstötter. „Der Handwerkerstand hat immer obligatorische Innungen verlangt. Fakultative Innungen haben wir seit Jahrhunderten; auf deren Boden hat sich der Handwerkerstand entwickelt. Heutzutage ist alles obligatorisch. Da müßte doch auch der Zwang bestehen, einer Innung beizutreten.“

Für die Herren steht es also unzweifelhaft fest, daß in den Innungen der handwerksmäßige Kleinbetrieb organisiert ist und daß innerhalb der Innungen durchaus keine Annäherung an den fabrikmäßigen Großbetrieb stattfindet. Fällt diese stillschweigende Voraussetzung, und läßt sich nachweisen, daß in den Innungen mehr und mehr der Großbetrieb an Boden gewinnt, so verliert natürlich der ganze Innungserummel seinen realen Grund. Denn wenn die Innungen keine Handwerkerorganisationen sind, können sie den Handwerkern natürlich auch nichts helfen.

Werfen wir zur Beantwortung dieser Frage einen Blick auf die Berliner Statistik, die sowohl 1885 wie 1890 bei der Volkszählung die Zahlen der Innungsmitglieder und der bei ihnen beschäftigten Arbeiter erfragt und aus-gezählt hat:

Innung.	Innungsmeister	1890			1885
		bei Innungsmeistern beschäftigte Arbeiter	Auf Arbeit überkommene Arbeiter	Auf 1 Innungsmeister kommen	
Zinnbereiter	195	1587	10,44	8,14	6,62
Schlosser	414	2056	3,90	4,96	8,74
Physikalische Instrumente	84	458	4,39	5,40	3,14
Pfostenmacher	68	741	7,41	10,90	7,08
Bier	49	414	7,15	8,45	4,07
Tischler	941	5791	4,42	6,15	4,81
Baummeister	46	785	4,23	17,06	8,60
Maurer	111	8028	14,90	27,28	16,88
Steine, Kies	24	1092	15,02	45,50	17,13
Maschinenbauer	34	622	20,27	18,26	6,73
Seifen, Licht	19	282	10,68	14,84	—
Bespinnste	11	294	62,68	26,73	12,83
Papier	14	288	25,82	18,79	10,57
Zimmerer	80	1571	8,26	19,64	15,35
Gasanzleger	45	534	16,11	12,81	—
Buchdrucker	39	1526	11,03	39,14	17,50
Gravüre	6	103	2,20	18,50	—
Warenhandel	15	150	0,88	10,00	—
Industrie	12008	45998	2,41	8,88	2,91

Die Grenze zwischen Handwerk und fabrikmäßigem Großbetrieb wird man bei fünf Arbeitern ziehen können. Wer in Berlin fünf und mehr Arbeiter beschäftigt, benötigt dazu eines großen Raumes, großer Lagerräume u. s. w., die bei den hohen Mieten nur für große Unternehmer zu haben sind. Danach würden alle hier angeführten Innungen dem Großbetrieb zuzurechnen sein. Die Goldschmiede, Schlosser und Lederarbeiter würden hart an der Grenze stehen. Den vollkommensten Großbetrieb zeigen die Industrie der Steine, wo 46 Arbeiter auf einen Meister entfallen, dann folgt die Buchdruckerinnung mit 39, die Maurer- und Spinnerinnung mit je 27, Zimmererinnung mit 20, Graveur- und Papier-Innung mit je 19 u. s. w. Und derartige „Innungen“ brüsten sich damit, Handwerkervertretungen zu sein!!

Ja sie gehen noch weiter und präbendieren, sie bildeten einen festen Damm gegen das sonst ja nicht zu leugnende Vordringen des Großbetriebes. Prüfen wir auch diese Behauptung einmal durch die Vergleichung des Zahlenmaterials von 1885 und 1890. Soweit vergleichbare Zahlen vorliegen, hat in allen Innungen der Großbetrieb gewaltige Fortschritte gemacht. Bei den Lederarbeitern beschäftigte ein Innungsmeister 1885 nur 4 Gesellen, 1890 schon 9, bei den Maurern sind die Zahlen 17 und 27, bei den Baummeistern 4 und 17 (1), bei den Pfostenmachern 7 und 11. Das klingt ganz anders, als der Anspruch der Innungen, sie erhielten das Handwerk. Nein sie selbst werden wider ihren Willen und entgegen ihrem eigentlichen Zweck von der übergewaltigen Macht der wirtschaftlichen Entwicklung mit fortgerissen, sie die „Handwerker“ per Exzellenz werden notwendig zu Groß-Unternehmern.

Frau Messant sogar begriff, daß man auch anderswo leben und glücklich sein konnte. Ihre Familie, ihre Bekannten hatten sich ihr seit ihrer Rückkehr so gleichgiltig und egoistisch gezeigt. René ließ sich also von den Ereignissen, die ihn fortzogen, leiten und schwermützig und belästigt zugleich folgte er dem gewundenen Lauf, den sein Leben genommen hatte. Warum sollte er eigentlich traurig sein? Er hatte von nun an zwei Heimatländer, das war alles; das Annette's und das seinige, die wie sie beide durch alte, festgegründete Zuneigung mit einander verbunden waren. Freu gegen Frankreich würde er in der Schweiz ein Vertreter des französischen Gedankens sein. Und was hinderte ihn denn nun noch, dort ebenso wie hier, mit allen Kräften für das Wohl der Menschheit, die doch nur ein großes Vaterland umfaßt, zu kämpfen?

Eines Abends — es war am 23. Juni — kündigte er seine Absicht an, auf die Aufforderung, die an ihn ergangen war, einzugehen, und Henri schlug vor Freude darüber in die Hände. Die beschlossene Veränderung und vielleicht auch die Atmosphäre draußen hatten die Geister in Gährung versetzt, so daß nun wie Champagner Schaum Pläne und Träume hervorprudelten. Die Luft war an diesem Abend mit Elektrizität geladen, große, blendende Blitze ohne Donner entzündeten über Paris eine phantastische Illumination. René, der erregt, fast im Fieber war, vermochte nicht ruhig an einem Plätze zu bleiben. Er kam, ging, lachte und plauderte verjüngt, wie umgewandelt. War er überhaupt jemals verwundet gewesen?

Wir werden, sagte er, ein kleines, von Glycinien umranktes Haus, das unter Grün und Blumen ganz versteckt liegt, mit einem weiten Horizont von zwanzig Meilen in der Runde haben. Das soll das Sinnbild unseres Lebens

Noch eine hübsche Illustration wollen wir diesem Bilde von den „Handwerker-Zünften“ hinzufügen. Von sämtlichen selbstständigen Gewerbetreibenden gehörten 1890 einer Zünfte 18 Prozent an; von den sämtlichen bei den selbstständigen Gewerbetreibenden beschäftigten Arbeitern standen 1890 bei Zünftemitgliedern in Arbeit 20,6 Prozent, sodaß die durchschnittliche Größe der Zünftebetriebe um die Hälfte (51 Prozent) größer ist, als die aller Betriebe, oder mit anderen Worten, ein selbstständiger Meister beschäftigt durchschnittlich 2,4, ein Zünftearbeiter 3,8 Arbeiter. Um diese sehr lehrreiche Thatsache auch bei den einzelnen Gewerben zu verfolgen, haben wir in Spalte 3 die Vergleichung sämtlicher Arbeitgeber, also einschließlich der Zünftemeister, mit ihren Arbeitern hinzugefügt. Nur in 5 Gruppen zeigen danach die Zünfte kleinere Betriebe als der Durchschnitt, und bezeichnenderweise sind dies Gruppen, in denen die Zünftemeister selbst 26, 19, 18 Arbeiter beschäftigen, dem Großbetrieb also vollkommen angehören. In sämtlichen anderen Gruppen sind die Zünftebetriebe größer, z. B. sogar bedeutend, so bei den Baumeistern u. s. w. um das vierfache, bei den Maurern um das zweifache, bei den Buchdruckern um das vierfache, bei den Graveuren um das neunfache und beim Handel mit Kolonialwaren gar um das zwölfwache. Also nicht nur im Durchschnitt, sondern fast durchwegs in allen Gewerben sind die zum Schutze des Handwerks errichteten Zünfte weit mehr Großbetriebe als die außerhalb derselben stehenden Unternehmungen, eine Thatsache, die natürlich die Zünftemeister keineswegs abhält, sich als die eifrigsten und zünftigsten Handwerker zu geriren und im Namen der Handwerker Vorrechte und Kunstprivilegien zu erheben.

Mag man also die Zünfte von oben noch so sehr protegieren, mag man sie obligatorisch einführen für das ganze Reich, unter den Händen der Gesetzgeber werden die Zünfte, dem Zwange der wirtschaftlichen Entwicklung folgend, aus handwerkstümlichen Kleinbetrieben zu kapitalistischen Großunternehmungen sich umbilden. Es bleibt eben dabei, wie der Genosse Vock in der schon genannten Debatte den Zünftefreunden zurief:

Sie können die Maschinen nicht verbieten, Sie können die Großfabrikation nicht verbieten, Sie können die Konkurrenz nicht verbieten und alles Andere ist ohne Belang.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 30. Januar.
Aus dem Reichstag. Der heutige Tag war den Reichsländern gewidmet und nach der Besetzung des Bundesratsstuhles zu schließen, hätte man es mit einem der sogenannten großen parlamentarischen Tage zu thun gehabt.

Der Reichskanzler, die Minister von Köller und Bötticher und der Staatssekretär des Innern für die Reichsländer zierten neben einem ganzen Stabe Beamten zweiten und dritten Ranges die Bundesratsbänke. Die Abgeordneten dagegen waren auch heute, wie in der Regel, zum guten Theile leer.

Den von unserer Partei gestellten Antrag auf Aufhebung des Diktatur-Paragraphen für die Reichsländer begründete Bebel.

Der Redner gab zunächst ein Bild der bisherigen parlamentarischen Kämpfe um diesen Artikel, um dann, gestützt auf ein ungemein reichhaltiges Material, die schlimmen Wirkungen dieser Ausnahmengesetzgebung in fatten Farben zu schildern. Bebel hob besonders auch die Versprechungen hervor, die seinerzeit von Bismarck und einer Reihe angesehenen Parteiführer den Reichsländern gemacht wurden, und zeigte, wie wenig davon gehalten worden sei.

fein; bescheiden, den Blicken der Neugierigen entzogen und doch mit allem, was uns umgibt, verknüpft und verflochten.

Er fragte Annette: Wird es Dir gefallen, meine Kleine? — denn ganz unmerklich waren sie dahin gelangt, sich zu buzen, was ihnen eine neue Art der Annäherung schien. Annette antwortete:

Wo Du bist, mein Geliebter, werde ich glücklich sein. Und ich, unterbrach Henri sie, was werdet Ihr aus mir machen?

Du, Du wirst Schriftsteller, ein Mitarbeiter unserer Revue, ein Haupt, ein Führer der neuen Generation!

Dann eilte René zu seiner Mutter, die im tiefsten Innern vielleicht doch etwas Bedauern bei dem Gedanken, Frankreich zu verlassen, empfand und stüsterte ihr ins Ohr: Du wirst Dich nicht langweilen. Wir werden Dir bald ein Entschien zu wiegen geben.

Und wie von einem leichten Hauch erfasst, schwebte der junge Mann in der Zukunft. Geduldig wollte er an seinem Werke schaffen. So hoffte auch er sich noch einmal einen Namen zu erobern und das Recht, gehört zu werden. In zehn, in fünfzehn Jahren höchstens würden die demokratischen Prinzipien in die französischen Gesehe übergegangen sein und sich wie ausdauernde Pflanzen entwickelt haben. Die gefestigte Republik würde, nachdem sie von dem Kampf gegen den sterbenden Royalismus befreit war, begreifen, daß eine Reform der Gesellschaft ihre Pflicht und der Grund ihres Seins war, und zweifellos würde sie dann allen denen, die von der ersten Stunde an für sie gearbeitet hatten, Gerechtigkeit widerfahren lassen.

So verging der Abend schnell wie ein seliger Traum. Man trennte sich früh wegen des drohenden Gewitters, nicht ohne unzählige Male Lebewohl zu sagen und Abschiedsküsse zu wechseln, um die Länge der Trennung zu mildern. Um acht Uhr am nächsten Morgen wollten alle eine Ausfahrt in das Boulogner Wäldchen unternehmen.

Am folgenden Tage fanden Annette und ihr Bruder sich schon vor der festgesetzten Zeit ein, doch der Jaupels René hatte sich noch nicht gezeigt. Man klopfte mehrmals an seine Thür . . . man rief ihn. Keine Antwort. Da trat man in das Zimmer.

Er lag unbeweglich da und schien zu schlafen. Er schlief — ach! — jenen Schlaf, von dem man nicht wieder erwacht. Der Körper war schon kalt . . .

Und während die beiden Frauen vom Schmerz überwältigt am Fuße des Bettes wortlos, thränenlos niedersankten, stellte der eiligst herbeigekommene Arzt fest, daß René in der Nacht an einem Bluterguß, einer Folge seiner Verwundung, gestorben war.

Ende.

Die Reichsländer werden heute noch als erobertes Land behandelt und der letzte Polizist habe dort weitgehendere Rechte als im Reiche der höchste Beamte.

Redner schloß seine hochinteressanten Ausführungen damit, daß er erklärte, allerdings wenig Hoffnung zu haben, daß die Regierungen dem Antrage zustimmen werden. Über wäre man wohl geneigt, die Diktatur über ganz Deutschland zu verhängen, was freilich ein trauriger Beweis dafür sei, wie tief der öffentliche Geist bei uns gesunken ist.

Recht wirksam für den Fortfall der Diktatur sprach nach Bebel der Herr — Reichskanzler. Der verehrte Herr konstatierte nämlich, daß diese außerordentlichen Gewalten für die Bevölkerung der Reichsländer gar nicht mehr gebraucht werden. Nur gewisse auswärtige Agitationen sollen damit ferngehalten werden. Der Ausnahmezustand solle eine Warnungstafel sein.

Natürlich war es dem Elfkäfer Gueber spielend leicht, diese Begründung über den Haufen zu werfen.

Mit der Schneidigkeit des Gardeleutenants griff dann der Staatssekretär für die Reichsländer, Herr v. Puttkamer, in die Debatte ein. Der gute Herr mußte aber bald erfahren, daß er sich nicht im Landesauschuß in Straßburg befindet. Der Minister, der ganz in Schulmeisteramt mit Drohungen gegen etwaige Unarten herumwarf, wurde von Dr. Lieber so kräftig zurechtgewiesen, daß er wohl sobald seinen Zeigefinger gegen Abgeordnete nicht wieder erheben wird. Auch sonst sprach Dr. Lieber recht wirksam und geschickt für den Antrag.

Außerdem sprach noch der Abg. Hoefel (freikonservativer Elfkäfer) und unser Genosse Buch für den Antrag. Buch schöpfte aus dem reichen Schatze seiner Erfahrungen unter der Diktatur. Gegen die Sozialdemokratie hat zwar auch das Gewaltregiment nichts geholfen, im Gegenteil, gerade in den Reichsländern ist unsere Partei außergewöhnlich rasch gewachsen. Zum Schluß meinte unser Genosse, der Zweck aller dieser Ausnahmemaßregeln sei nicht der, die Reichsländer zu verdeutschern, sondern man wolle sie verprehen; das werde aber nicht gelingen.

Nach Buch wurde die Verhandlung auf morgen 2 Uhr vertagt.

Im Abgeordnetenhaus wurden heute die Verhandlungen über den Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung fortgesetzt, und auch heute hielt sich die Debatte noch auf der Höhe, daß die Redner verschiedener Parteien ihre und ihrer Parteien allgemeine Auffassung zu der Gesamtheit der landwirtschaftlichen Fragen darlegten. Zuerst sprach Eugen Richter, der in einer langen Rede auf die gestrigen Ausführungen des Ministers erwiderte, in manchen Punkten mit diesem einverstanden zu sein erklärte, im einzelnen aber doch die meisten der vom Minister vorgeschlagenen Hilfsmittel kritisierte.

Finanzminister Miquel polemisierte gegen Richter und versuchte sich ein wenig an diesem zu reiben. Der Landwirtschaftsminister präzisirte noch einmal kurz seine Stellung zum Antrag Rantig auf Einführung des Getreidemonopols, indem er erklärte, daß ein Getreidemonopol an sich nicht gegen die Bestimmungen der abgeschlossenen Handelsverträge verstoßen würde, daß ein solcher Verstoß aber seiner Meinung nach in dem Verkauf des Getreides zu bestimmten Durchschnittspreisen liegen würde. Die Agrarier waren von dieser Erklärung sehr niedergeschlagen. Ein großer Theil von ihnen verließ den Saal. — Nachdem sprach noch die Abgeordneten Sattler, Wendel-Steinfeld, Sieg und Herold. Fortsetzung der Debatte ist Donnerstag 11 Uhr.

Die Tabaksteuer-Vorlage ist nun endlich zur Vertheilung gelangt.

„Dem deutschen Vaterland“ will irgend ein patriotischer Schlaumeier den Reichstagsbau widmen. Das ist aber ebenso sinnlos und beschränkt wie die Inschrift: „Dem Deutschen Reich“, deren Verurtheilung eine allgemeine ist. „Dem deutschen Vaterland!“ kann ebensogut wie: „Dem Deutschen Reich“ auf jeder Kaserne, in jeder Polizeistube als Inschrift prangen.

Soll der Zweck und das Wesen des Reichstages, der eine Volksvertretung ist und sein soll, durch eine Inschrift ausgedrückt werden, dann muß auch das spezifisch Auszeichnende zum Ausdruck kommen, und das ist, daß der Reichstag die Vertretung des deutschen Volkes ist. Das deutsche Volk hat viele Kasernen und Polizeistuben, aber nur eine Volksvertretung. Und soll auf der Wohnung dieser Volksvertretung eine Inschrift stehen, so kann es vernünftigerweise nur eine solche sein, die den Zweck und die Bestimmung des Reichstages ausdrückt — also: Dem deutschen Volke! Oder vielleicht noch passender: Des Volkes Wille das höchste Gesetz.

Freilich, diese Inschrift muß das deutsche Volk sich erst erkämpfen.

Herbert Bismarck ist gelegentlich der Geburtstagsfeier des Kaisers zum Obersten und der kaiserliche Agrarier-Führer von Schorlemer. Ist zum Major ernannt worden. Die Akten der Bismarcker und Agrarier stehen gut.

Herr von Stumm vor dem Strafrichter? Der „Deutschen Warte“ geht von angeblich manichäischer Seite die folgende Mittheilung zu:

Wie wir hören, hat der Erste Staatsanwalt am hiesigen Landgericht I durch Vermittelung des Oberstaatsanwalts am Kammergericht an den preussischen Justizminister die Anfrage gerichtet, ob er gegen den Freiherrn von Stumm wegen der bekannten Affäre Stumm-Wagner die Anklage aus § 201 des Strafgesetzbuchs (Herausforderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen) erheben soll. Die Antwort des Ministers steht noch aus.

Wir warten die Bestätigung der Meldung ab und glauben, daß selbst im Falle der Richtigkeit derselben Freiherr von Stumm keine Gelegenheit haben wird, sechs Monate auf einer Festung zu logiren. Die Strafen auf Grund des § 201 des Strafgesetzbuchs sind bisher fast nie zur vollkommnen Vollstreckung gelangt.

Die boykottirten Gegner des Katheder-Sozialismus. Unter dieser Spitzmarke brachten wir in der Nummer vom 25. Januar eine Mittheilung, die unter anderem des „Gerichts“ erwähnt, daß Herr Geheimrath von Kaufmann „wesentliche Partien“ seines Werkes „Die Finanzen Frankreichs“ sich von Herrn Maurice Bloch in Paris habe verschaffen lassen. Eine Erklärung, die uns von seiten des Herrn Geheimrath von Kaufmann zugeht, befreit dies in verschiedener Form und lenkt unsere Aufmerksamkeit auf die Vorrede zu jenem Werk, in welcher auf S. XX anerkannt ist, daß Maurice Bloch ihn — Herrn von Kaufmann — bei seiner Arbeit „durch Zuweisung von Material und Auskunft mit wahrhaft hingebender Liberalität unterstützt“ habe. Wir

nehmen von der Erklärung des Herrn Geheimrath v. Kaufmann Akt, und wollen nur noch bemerken, daß das Entstehen ähnlicher Gerüchte, wie des von uns erwähnten, durch die heute Abend veröffentlichte Inschrift des Professors Schmoller an die „National-“ und „Arenus-Zeitung“ seine Erklärung findet.

Professor Schmoller über Professor v. Kaufmann. Der Schilling der „Post“, Herr Professor v. Kaufmann, erhält von Professor Schmoller in der „National-Zeitung“ die folgende Rezensur:

Mein Urtheil über die wissenschaftliche Qualifikation des Herrn v. Kaufmann zu einer Professur an einer deutschen Universität, zu dessen offener Ausprechung er mich nöthigt, beruht 1. auf der Art, wie Herr v. Kaufmann promovirt hat, und 2. auf seinen literarischen Erzeugnissen. Ich gehöre zu denen, welche stets den bis vor wenigen Jahren noch an einigen deutschen Universitäten üblichen Unflug, den Doktorgrad in absentia zu ertheilen, bekämpft haben; da das mündliche Examen die einzige Garantie dafür ist, daß die eingereichte schriftliche Arbeit vom Kandidaten selbst verfaßt sei, so wurde mit Recht jeder, der in absentia promovirt hatte, scharf angesehen, als einer betrachtet, der sich einen Titel gekauft habe. Herr v. Kaufmann hat nicht einmal, sondern zweimal in absentia promovirt. Aus welchen Motiven er das gethan, ob er mußte, daß er damit für jede gelehrte Laufbahn sich eigentlich unmöglich mache, ist mir unbekannt. Wollte er nur als reicher Mann seine Ruhe in ehrenhafter Weise durch Vorlesunghalten und Bücher schreiben anfüllen, so mochte ein solcher unter allen Umständen milderer Schritt hingehen. Wollte er nun aber Professor an der ersten Hochschule der Welt werden, so mußte der Flecken, den jede mit oder ohne Bewußtsein der Folgen geschene Promotion in absentia dem Gelehrten ansetzt, durch wissenschaftliche Arbeiten vorzüglicher Art getilgt werden. Herr von Kaufmann's seitherige literarische Erzeugnisse sind das nicht. Einige sind nur mit der Papierschere gemacht, andere sind brauchbare Materialsammlungen, wie sie jeder kluge Börsenjournalist machen kann; sie sind alle salopp gearbeitet, entbehren derjenigen wissenschaftlichen Methode und Schulung, des Gedankentiefums, der Vertiefung, wie ich sie von dem verlanke, der deutscher Universitätsprofessor werden will. In all dem liegt kein persönlicher Vorwurf; Herr v. Kaufmann hat in älteren Jahren nach einer praktisch-laufmännischen Thätigkeit den Verus des nationalökonomischen Schriftstellers sich zugewendet. Er ist zugleich Archäologe, Rumänienforscher; auch ist es ihm geblieben, alle möglichen Ehren und Titel auf sein Haupt zu sammeln. Habeat sibi. Aber die gelehrten Stellen lasse er den Gelehrten.

Mit meinem sachwissenschaftlichen Urtheil über die Erzeugnisse Kaufmann's werden nicht alle Fachgenossen ganz übereinstimmen. Ich weiß z. B. wohl, daß mein Kollege A. Wagner etwas günstiger über sie denkt, zugleich aber weiß ich, daß viele Fachgenossen noch viel härter urtheilen, als ich, und daß 90 bis 95 pSt. derselben mindestens mit zustimmen.

Fuchsmühl. Die Fuchsmühlener Militär-Affäre wird, wie wir unseren Lesern berichtet haben, noch einmal vor der Strafkammer in Weiden zur Verhandlung kommen. In vergangener Woche sind die Anklageschriften in Fuchsmühl eingetroffen. Die Anklage lautet auf mit vereinten Kräften gegen Sachen begangene Gewaltthatigkeiten, rechtswidrige Zueignung von Holz, Mißbrauch väterlicher Gewalt, und Diebstahl, öffentliche Zusammenrottung, Widersehtlichkeit gegen die Staatsgewalt, Landfriedensbruch u. s. w.

Bekanntlich ist die Fuchsmühlener Gemeinde sehr arm; die große Armuth war ja die Ursache, daß die Fuchsmühlener so energisch auf Durchsetzung ihrer Holzgerechtheiten bestehen mußten. Die Lage ist für viele Familien sehr traurig und trostlos. Kommt nun noch der Prozeß dazu, so wird des Glucks kein Ende sein. Viele Angeklagte sind in einer so traurigen Lage, daß sie nicht einmal die Reise nach Weiden zur Verhandlung bestreiten können! Unter den Angeklagten befinden sich eine Anzahl Frauen, sowie unbetheiligte Zuschauer, ferner der durch 17 Bajonnetstiche verwundete Johann Fröhner. Als Zeugen für die Anklage sollen der Förster Großmann, die Gendarmen, sowie eine Anzahl der bei dem Gemisch beteiligten Soldaten vernommen werden. Die Fuchsmühlener wollen Herrn Rechtsanwalt Dr. Bernstein in München zum Vertheidiger wählen.

Bei der großen Zahl der Angeklagten werden die Verhandlungen sich jedenfalls ziemlich lange hinziehen.

Das Schweigen der Völker ist die Lehre der Könige. Dieses Wort, das wir gestern irrtümlich Johann Jacoby zuschrieben, rührt von dem Franzosen Mirabeau her und ist hundert und sechs Jahre alt. Es wurde am 15. Juli 1789, den Tag nach der Erstürmung der Bastille, in der französischen Nationalversammlung gesprochen. Wie andere geflügelte Worte hat auch dieses eine Vorgeschichte. Schon in der Leichenrede des Königs Ludwigs XV. — am 27. Juli 1774 — sagte der Abbé de Beauvais: Das Volk hat ohne Zweifel nicht das Recht zu murren, allein ohne Zweifel hat es das Recht zu schweigen, und sein Schweigen ist die Lehre der Könige (son silence est la leçon des rois — während das Mirabeau'sche Wort lautete: le silence des peuples est la leçon des rois). Und wie wir soeben durch eine Inschrift von besreundeter Hand erfahren, wurde der Gedanke bereits mehrere Jahre vorher, in fast derselben Form, von dem 80jährigen Bischof Soanon ausgesprochen, als dieser seiner Janenistischen „Irrelehren“ wegen abgesetzt und des Landes verwiesen wurde. — Das Wort Johann Jacoby's, gerichtet an den König Friedrich Wilhelm IV., lautete: Es ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören.

Das Ministerium Ribot wird nicht von langem Bestande sein, da gegen den in die Panamasache verwickelten Ministerpräsidenten mit sehr compromittirenden Enthüllungen vorgegangen wird. So wird aus Paris gemeldet:

In der bekannten Affäre Portalis wird noch mitgetheilt, daß dem Untersuchungsrichter Doppler in der That die amtliche Mittheilung gemacht worden sei, das Comptoir d'Escompte habe an Portalis vom „XIX. Siècle“ 80 000 Fr. ausgezahlt, um dessen Schweigen zu erkaufen und zwar sei dies auf den besonderen Wunsch des damaligen Ministers des Aeußern Ribot geschehen. Die ganze Mittheilung ruft große Sensation hervor.

Das Amnestiedekret hat in Frankreich einen sehr günstigen Eindruck gemacht. In dem Leitartikel der „Petite République“ von gestern sagt unser Genosse Marcel Sembat:

Oh ich weiß wohl, daß der Triumph der Humanität und Gerechtigkeit, wie er sich in der Amnestie äußert, kein endgültiger ist. Ich weiß wohl, daß unsere Feinde wieder zum Angriff vorgehen werden. Ich weiß wohl, daß France ein ziemlich magerer Tausch ist für Casimir Perier, und daß Ribot als Nachfolger

*) Wir entnehmen dies den trefflichen „Geistesblitzen“ von Ferdinand Rie, während Buchmann's „Geflügelte Worte“ uns im Stich ließen.

Dupuy's und nicht begeistern kann. Ich weiß, daß bei der ersten Gelegenheit, bei der ersten Panik, bei dem ersten großen Erfolg der Sozialisten, die ganze Bande der Angstmeier (des affolés) wieder auf die Rektion und der Diktatur ausstehen wird.

Aber hat denn einer von uns geglaubt, die feindliche Festung sei erobert? Wer hat je die Amnestie als das Ende der Schlacht und den abschließenden Sieg betrachtet?

Im Gegenteil — es ist nur ein Anfang, aber ein guter, ein ausgezeichnete Anfang.

Rehre die Rektion zurück, so hart und so brutal wie sie wolle — in jedem Fall haben wir eine Position erkämpft und eine Bresche gemacht.

Man sieht, die französischen Sozialisten machen der neuen Regierung und dem neuen Präsidenten durchaus keine Opposition um jeden Preis; und sie haben für den ersten Akt der neuen Regierung die vollste Anerkennung.

Einstweilen ist die ganze Kammer noch in wärmster Annahmestimmung, so daß die Amnestie auch auf Faure's und Rouanet's ausgedehnt wurde, die durch einen Ullas des Kammerpräsidenten von 15 Sitzungen ausgeschlossen waren.

Ansele's Rede, die in der belgischen Kammer zu den bekannten „pöbelhaften Szenen der „ordnungsliebenden“ Rechten Anlaß gegeben hat — Szenen, so pöbelhaft, daß der, selber der Rechten angehörige Präsident sein Amt endgültig niederlegte — wird in deutschen Blättern als eine Sammlung von hochhastigen Lügen und Verleumdungen hingestellt; die Fabrikanten von Gent seien vollkommen unschuldig; Ansele habe alles, was er gesagt, aus den Fingern gezogen etc. Nun ist aber unser Genosse Ansele eine Lüge nicht fähig, und aus der radikal-bürgerlichen „Reform“ von Brüssel erfahren wir, daß die von Ansele gebrandmarkten Praktiken (Zurückhaltung von Lohn, Geldbußen und Betrug bei Berechnung der gelieferten Arbeit) zum Teil notorisch seien, daß sich aber bis jetzt kein Staatsanwalt gefunden habe, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

Jetzt wird der Herr Staatsanwalt wohl zugreifen müssen.

Die niederländische Volkspartei. Aus Amsterdam schreibt man uns:

Sonntag fand die Versammlung statt, welche durch den Vorwand des „Vereins für das allgemeine Wahlrecht“ zusammenberufen war, mit dem Zweck, eine „niederländische Volkspartei“ zu stiften.

Betreten waren: Der Verein für Frauenwahlrecht, der Bund für Eisenbahnerpersonal, der Antireichers- und Zapezire-Bund, der Bund für Landnationalisation, der Radikale Bund, der Allgemeine niederländische Arbeiterbund, der Sozialdemokratische Lehrerverein, der Freidenkerverein „De Dagoraad“, der Metallarbeiter-Bund, der Bund für niederländische Lehrer und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Die Delegierten des letzten Vereins, die Genossen Feldbingen und Troelstra versuchten eine Uebereinkunft zwischen die verschiedenen vertretenen Organisationen zu treffen, dies aber für die Wahlrechttagung.

Der folgende Beschluß wurde gefaßt:

Die Versammlung beauftragt nach Anhörung der Diskussionen das Bureau, zu untersuchen, auf welchen Grundrissen ein Zusammenwirken der verschiedenen demokratischen Elemente und der Arbeiter zur Stiftung einer niederländischen Volkspartei möglich sein soll, in erster Linie zum Zwecke der Eroberung des allgemeinen Wahlrechts.

Durch Annahme dieser nichtsfagenden Resolution ist das Projekt einer „Volkspartei“ vorläufig wieder aus dem Wege geschafft.

Der Absolutismus in Rußland. Serwile Organe, die dem jungen russischen Kaiser eine Messiasrolle angedichtet suchen, wollten uns glauben machen, daß er eine Konstitution einzuführen beabsichtige. Daß er diese Absicht nicht habe, hat er nun in feierlichster Weise beim Empfang von 182 Abordnungen des Adels, der Städte, der Geistlichen, der Kosaken, sowie Vertreter des Kaukasus. Er sagte nämlich:

Ich weiß, daß in einigen Vereinigungen von Semstwo Stimmen laut geworden sind, welche auf den Wunsch nach Verwirklichung der Traum hinderten, indem man glaubt, daß die Semstwo an den Staatsangelegenheiten teilnehmen würden. Möge jedermann wissen, daß ich alle meine Kräfte der Wohlfahrt des theueren Rußland weibe, daß ich aber auch ebenso fest und beständig wie mein unvergänglicher Vater die Autokratie aufrecht erhalten werde.

Das russische Volk wird sich erkämpfen, was man glaubt ihm heute noch vorenthalten zu dürfen.

Aufhebung des nordamerikanischen Zucker-Differentialzoll. Wie aus Washington drastisch gemeldet wird, hat das Repräsentantenhaus mit 239 gegen 31 Stimmen unverändert die Vorlage angenommen, durch die der Zucker-Differentialzoll aufgehoben wird.

In der Hauptstadt Brasiliens ist wieder eine der landesüblichen Revolutionen ausgebrochen.

Die deutschen Wasser-Charabinisten entrüsten sich darüber, daß Mr. Rhodes, der Ministerpräsident und oberste Regierungsbeamte der Kapkolonie, in einer Unterredung kurz und bündig erklärt hat, die Walvisch-Bay werde nie und nimmermehr an Deutschland abgetreten werden; sie gehöre der Kapkolonie und die englische Regierung habe da nicht hereinzureden. Unsere Kolonialseher, die bekanntlich die Walvisch-Bay für Deutschland beanspruchen, weil sie für die angrenzende deutsche Kolonie sehr nützlich wäre, hätten sich die Entrüstung sparen können. Denn jeder, der mit den Verhältnissen einigermaßen vertraut ist, wußte von vornherein, daß die Kapkolonie sich die Walvisch-Bay nicht nehmen lassen würde — selbst wenn die englische Regierung bereit wäre, sie abzutreten. Die englischen Kolonien pflegen nur, so lange sie schwach sind, Befehle vom Mutterland anzunehmen. Sind sie erstarbt, so gehen sie ihren eigenen Weg, und stellt das Mutterland sich ihnen in den Weg, so reißen sie sich gewaltsam los, wie das die Vereinigten Staaten von Nordamerika gethan haben. Und die Kapkolonie, gleich den australischen Kolonien, sieht sich jetzt schon als selbständige Macht.

Vom chinesischn-japanischen Kriegsschauplatz liegen die folgenden Depeschen vor:

Wie der „Times“ aus Shanghai von gestern gemeldet wird, haben die Kommandierenden der chinesischen Streitkräfte telegraphisch berichtet, daß die japanische Flotte am 26. d. M. um 3 Uhr morgens gegen Weihaiwei in zwei Divisionen mit 10 Schiffen vorrückte. Die Kanonen der chinesischen Flotte und die Landbatterien eröffneten das Feuer auf die erste Division, als diese 1000 Meter von der chinesischen Flotte entfernt war. Die schnellsten chinesischen Schiffe und Torpedoboote griffen den Feind an und schlugen ihn zurück. Die erste japanische Division segelte nordwestwärts, die zweite südwärts. Mehrere japanische Schiffe seien beschädigt worden. Die Japaner

griffen Weihaiwei zu gleicher Zeit zu Lande an, wurden aber ebenfalls zurückgeschlagen. Die Chinesen verloren 27 Seeleute, die Japaner hatten 300 Tote und Verwundete.

Nach einer amtlichen Depesche hat General Nogi aus Tientsin am 28. d. M. gemeldet, daß die Chinesen ihre Stellung in der Nähe von Tingtsao verstärkten. Die japanischen Kavallerie- und Infanterie-Regimenter können nicht weiter vordringen, als bis Tsapeng, da der Feind seine ganze Linie vorgerückt hat.

Am 8. Januar wurden, wie aus Tschemulpo gemeldet wird, die ausländischen Truppen von den japanischen und koreanischen Truppen bei Tschengtschi geschlagen und erlitten schwere Verluste. Eine weitere Abtheilung ist von Ploischn aufgebroschen, um die Tschengtschi in Kofschin anzugreifen.

Parlamentarisches.

Die Umsturzkommission tagte von Mittwoch vormittags 10 Uhr ab. Dieselbe setzte ihre Beratung fort mit dem Antrag des Zentrums, den § 166 (Religionschmähung) auch in den § 111a aufzunehmen.

Spahn (Z.) begründete den Antrag kurz.

Häpden (L.) bekundete seine Sympathien mit dem Antrag, bittet aber, es bei der Regierungsvorlage zu belassen. Bei der Gegensätzlichkeit zwischen den großen christlichen Konfessionen in Deutschland liege die Gefahr nahe, daß die Anhänger derselben sich zu unbedachten Äußerungen hinreißen lassen, welche später strafbar sein würden, besonders bestie diese Gefahr, wo unter dem Worte „beschimpfen“ sich jede Kritik lassen läßt. Redner meint, daß gerade auch die von höchster Stelle in der katholischen Kirche ausgehenden Urtheile über den Protestantismus das protestantische Gefühl auf das tiefste verletzen. Redner weist auf die widersprechenden Urtheile der Casseler und Elberfelder Gerichte hin, welche über Anklagen gegen § 166 Recht zu sprechen hatten.

Enneccerus findet, daß der § 166 in diesem Gesetze nichts zu thun hat. Redner meint, das Zentrum habe diesen Antrag nur gestellt, um, wenn derselbe abgelehnt wird, einen Vorwand für die Ablehnung der ganzen Vorlage zu haben.

Liebermann von Sonnenberg billigt ebenfalls die Tendenz des Antrags, so weit durch denselben die christlichen Bekenntnisse geschützt werden sollen. Aber gegen das Judenthum und den Talmud müsse Schimpffreiheit bleiben.

Hintelen (Z.) fragt, wo denn die Grenze für den § 111a liegt, wenn man die Religionschmähung nicht in denselben einbeziehen will? Die Religion solle doch gerade durch dieses Gesetz mit geschützt werden. Redner bedauert, daß Häpden die konfessionellen Gegensätze in die Debatte gezogen habe. Hier sollte nur das Bindende, nicht das Trennende betont werden. Was die Ausführungen von Enneccerus betreffen, so habe derselbe sich einer Argumentation bedient, wie sie sonst nur von den Sozialdemokraten gegen die Vorlage gebraucht werde.

Buchta (L.) giebt die Erklärung ab, daß Häpden nur für seine Person gesprochen habe. Redner hat im Namen der großen Mehrzahl seiner Parteigenossen die Erklärung abgegeben, daß sie für den Zentrumsantrag stimmen werden. Wenn durch das Gesetz die Antikemiten genöthigt werden, sich in ihren Angriffen auf das Judenthum etwas zu mäßigen, so schade das nichts.

Wachem (Z.) bestreitet, daß der Antrag einen konfessionellen Charakter trage.

Der Abgeordnete v. Stumm wird für den Antrag stimmen. Ebenso spricht Volkzlegier (Pol.) für denselben. Weiter protestirt Redner dagegen, daß der Rektor der Berliner Universität den Ultramontanismus und die Sozialdemokratie als gleich gefährlich zusammengeworfen habe.

Bebel (Soz.) konstatiert, daß die Herren Enneccerus, Häpden und Liebermann jetzt merken, daß sie sich in der Falle mit befinden. Wer aber den § 111a überhaupt will, der muß auch den § 166 in denselben aufnehmen. Die Regierung verdinge geradezu einen Vorwurf, daß sie den Paragraphen nicht von vornherein aufgenommen habe. Wenn Herr Enneccerus meine, die Aufnahme des § 166 störe den religiösen Frieden, so geschehe dasselbe durch den ganzen Paragraphen gegenüber dem sozialen Frieden. Redner erklärt, daß, nachdem die Mehrheit der Konserwativen für die Aufnahme stimmen werde, es sich für die Sozialdemokraten erübrige, dafür einzutreten. Andernfalls würden sie für die Aufnahme stimmen haben. Die sozialdemokratischen Mitglieder werden sich jetzt in diesem Punkte der Abstimmung enthalten.

Enneccerus (nat.) sucht noch einmal die Ueberflüssigkeit der Aufnahme des § 166 nachzuweisen, wobei er sich in Erwägung ergeht, welche bisher nur von der Opposition geltend gemacht wurden. Für den Fall der Aufnahme des Paragraphen propheteit Redner eine gewaltige Kulturkampfdebatte im Plenum und in der Presse.

Häpden (L.) bestreitet, daß er Lust an Kulturkampf habe. Das Gegenteil sei der Fall; er wisse, daß gerade die protestantische Kirche darunter am meisten gelitten habe. Der Vorwurf, mit den Sozialdemokraten zusammenzugehen, sei ein verbrauchter Wauwan und genire ihn, Redner, nicht.

Hammerstein (L.) meint, mit dem Gesetz soll der Versuch gemacht werden, auf dem Boden des gemeinen Rechtes alle Bestrebungen, welche auf die Untergrabung der Staatsordnung hinstreben, unter Strafe zu stellen. Er stimmt für den § 166.

von Stumm hofft, im Gegensatz zu Bebel und Enneccerus, daß das Gesetz den religiösen und sozialen Frieden fördern werde. Dr. Lieber bittet, im Interesse der Wiederherstellung des konfessionellen Friedens den Antrag anzunehmen. Redner meint, daß seine Fraktion sich auf den Namen des Gesetzes nicht eingeschrieben habe. Will die Regierung das Gesetz durchbringen, so darf sie sich nicht zu enge an den Rahmen der Vorlage halten.

Liebermann von Sonnenberg reklamirt noch einmal die Schimpffreiheit auf das Judenthum. Wenn die verächtlichen Lehren des Talmud nicht mehr kritisiert werden dürfen und zwar in schärfer Weise, so sei das Staatswohl gefährdet. Redner weist darauf hin, daß die Judikatur wechself. Was unter der Zensur straflos blieb, werde heute bestraft, besonders wenn der Richter ein Jude sei. Der Fehler der Vorlage sei, daß sie Anarchisten und Sozialdemokratie auf dem Boden des gleichen Rechtes bekämpfen wolle. Redner will Anarchisten, Sozialdemokraten und Juden durch ein Ausnahmegesetz bekämpfen.

Lenzmann (FV) will den § 166 im Strafgesetzbuch erhalten wissen, denselben aber nicht in den § 111a aufnehmen.

Enneccerus wehrt sich aufs neue gegen den Antrag, obgleich er glaubt, daß derselbe in der Praxis gar keine Anwendung finden werde.

Der Antrag Spahn wird hierauf mit 16 gegen 8 Stimmen, der Liberalen, Häpden und Liebermann, angenommen. Die Sozialdemokraten enthalten sich der Abstimmung.

Die Aufnahme des § 167 in den § 111a wird mit großer Mehrheit beschlossen.

Das Zentrum beantragt weiter, daß § 172 (Ehebruch) in den § 111a aufgenommen werde. Spahn (Z.) und Häpden (L.) sprechen für die Aufnahme. Beide Redner begründen ihre Stellungnahme besonders mit dem Hinweis auf die Ehebruchdramen.

Liebermann von Sonnenberg wird sich der Abstimmung enthalten, da er zwar der Tendenz des Antrags zustimmt, aber die Konsequenzen nicht übersehen kann.

v. Stumm wird für den Antrag stimmen; ebenso Enneccerus, obwohl sie die Materie lieber in einer neuen Lux Debatte geordnet sähen. Der § 172 wird hierauf mit großer Majorität angenommen.

Gegen die Aufnahme des § 242 (Diebstahl) in den § 111a spricht Bebel, indem derselbe auf Nothdiebstähle hinweist, welche man, wenn auch nicht billigen jedoch entschuldigen kann. Redner weist auf Aussprüche des Apostels Paulus und Martin Luthers hin, welche den Diebstahl als Noth unter Umständen gerechtfertigt haben. Wenn in anarchistischen Schriften der Diebstahl überhaupt glorifizirt werde, so sind dies in der Regel Geistesprodukte von Verrückten. Uebrigens ist das bishigen Anarchismus, was wir in Deutschland bisher hatten, dem ersten ersten Anarchismus der Polizei gegenüber in die Luft geflogen. Uebrig blieb davon nur noch ein recht bürgerliches Bestreben, nämlich aus eigener Kraft Produktivgenossenschaften zu gründen.

Scheimer Roth v. Seckendorf erklärt die von Bebel angeführten Beispiele als nicht zutreffend.

Bebel verwahrt sich dagegen, daß er übertrieben. Der § 111a sei dazu bestimmt, gewisse geistige Strömungen zu unterdrücken, und da nach den Motiven die Entschuldigung irgend eines Vergehens schon strafbar sein soll, so könne man sich auf alles gefaßt machen.

Auer erinnert daran, daß kein geringerer als der Herr Minister des Innern, Herr von Koller, im Plenum die Nothwendigkeit der Bestrafung der Glorifikation des Diebstahls mit dem Bitate eines Redners begründet habe, welcher den Hungerigen nicht bekräftigen wolle, wenn er ein Stück Brot stiehlt, um seinen Hunger zu stillen. Redner verweist weiter auf die Entschuldigungen hin, welche gewisse Ausschreitungen unserer Krieger während der Feldzüge, gerade in der „patriotischen“ Presse gefunden haben und er konstatiert, daß gewisse „Kulturträger“ in unseren Kolonien aller denkbaren Verbrechen sich schuldig machen, ihre Thaten aber gerade in der Presse verherrlicht werden, welche im Kampfe gegen den Unsturz das große Wort führt.

Bei der hierauf erfolgenden Abstimmung wird der § 242 mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Abgeordneten Mundel in den § 111a aufgenommen.

Damit werden die Verhandlungen abgebrochen und soll die nächste Sitzung am Freitag, 1. Februar, vormittags 10 Uhr, stattfinden.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages war heute nochmals bezüglich ihrer Stellungnahme zur Frage der Priorität der Initiativanträge zusammengesetreten und hat ihren Beschluß auf Abänderung des Absatzes 3 des § 85 in dem Punkte abgeändert, daß über die Reihenfolge gleichzeitig eingebrachter Anträge der Präsident allein entscheiden soll, während nach dem ersten Beschluß der Präsident im Einverständnis mit dem Seniorenkongress darüber zu befinden hatte.

Die Reichstags-Kommission zur Verabreichung des Gesetzes über Binnen-Schiffahrt und Fiskerei hat zu ihrem Vorsitzenden den Abg. Bassermann (nat.), zum Stellvertreter den Abg. Petoscha (Z.), zu Schriftführern den Abg. v. Langen (L.) und Wegger (S.) gewählt. Außer letzterem gehören die Abgg. Gerisch und Kees als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion der Kommission an.

Verufs- und Gewerbebeziehung. Die Kommission zur Verabreichung dieser Vorlage hat zum Vorsitzenden Dr. Dige (Z.), zum Stellvertreter desselben Dr. Schneider (frkf. Volksp.) und zu Schriftführern Dr. Schoenlant (S.) und Weis (fr. Volksp.) gewählt. Außer Genosse Schoenlant gehört der Kommission kein Vertreter unserer Partei an.

Parlamentarische Berichte.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung vom 30. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Hammerstein.
Das Haus setzt die zweite Verabreichung des Stats fort bei den dauernden Ausgaben der landwirthschaftlichen Verwaltung.

Abg. Richter (fr. Sp.): Wenn ich auch in manchen Punkten anderer Ansicht bin als der Landwirtschaftsminister, so kann ich doch den Gebrauch, daß ein Minister darlegt, wie er zu allen Fragen seines Ressorts steht, nur billigen. Es befindet das ein Verständnis für die parlamentarische Form. Ich kann nur wünschen, daß die übrigen Herren Minister diesem Vorgange folgen und daß auch die Herren Minister der Justiz und des Innern, bevor ihr Gehalt bewilligt wird, darlegen, wie sie zu den einzelnen Fragen ihres Ressorts stehen (Lachen rechts). Daß die äußerste Linke kein warmes Herz für die Landwirtschaft habe, muß ich als eine ungebührliche Verächtlichkeit zurückweisen. Nicht derjenige ist der zuverlässigste Arzt, der sich stellt, als ob er ein unsehbares Arcanum für alle Uebel besähe. Die niedrigen Getreidepreise wirken nur in dem Maße nachtheilig, wie der Körnerbau vorherrscht. Wo der Viehzucht ein größerer Antheil zufällt, ist die Landwirtschaft auch heute noch rentabel (Widerspruch rechts), zumal die Landwirthe in der Gage sind, das geringwerthige Getreide zur Viehfütterung zu verwenden. Die niedrigen Getreidepreise wirken auch verschieden je nach der Größe des Besitzes, sie wirken weniger nachtheilig bei den selbst arbeitenden Kleinbesitzern. Einen Unterschied macht auch das Maß der Verschuldung; leidet ist ein großer Theil des Großgrundbesitzes übermäßig verschuldet, weil er die Güter zu theuer bezahlt hat oder weil die Güter über den eigentlichen Umfang des Vermögens hinausgehen. Ich möchte aber nicht annehmen, daß, wenn der Hübenbau sich als unrentabel erweist, das eine Ausdehnung der Kräfte auf den Westen bedeutet; denn das mit Zuckerrüben bespante Areal stellt nur 2 pCt. des mit Getreide bebauten Areal dar. Die niedrigen Preise sind eine Folge der guten Ernte; es werden sich durch den Wechsel der Witterung andere Preise herausstellen, weil selbst in den andern weltbewohnenden überseeischen Ländern der niedrige Getreidepreis zur Einschränkung des Körnerbaues führen muß. (Zuruf: Argentinien!) Das kommt nicht allein in Betracht, sondern in Nordamerika ist die Kräfte auch schon vorhanden. Mit vollem Recht hat der Minister die große Erleichterung hervorzuheben, welche der Landwirtschaft zu theil wird durch das Inkrafttreten der Steuerreform, welche namentlich dem platten Lande des Ostens zu gute kommt. Bezüglich der Eisenbahnen, speziell der Staffeltarife, bin ich vollständig einverstanden mit dem Minister. Die Staffeltarife müssen den Mittelpunkt der Eisenbahntarifsreform bilden. Wir müssen uns abwenden von der Eisenbahnpolitik Maybach's, welche das Ziel für die Eisenbahnverwaltung erblickte in möglichst einfachen und ungeborenen Gütertarifen. Von der Dezentralisation der Eisenbahnverwaltung verpfeche ich mir für die Tarife keine Vortheile. Das ist die böse Folge der Verstaatlichung der Eisenbahnen. Die finanziellen Rücksichten wirken viel zu sehr ein.

Von einer Borsenzensur erwartet der Minister nicht eine Steigerung, wohl aber die Stabilität der Getreidepreise. Wenn Stabilität das Ideal der Landwirtschaft wäre, dann würde das leicht erreicht; denn die Getreidepreise sind seit Monaten stabil (Zuruf: richtig), freilich zu niedrig. Stabil können die Getreidepreise nicht sein, weil die Witterung nicht stabil ist. Was man mit der Börse machen will, ist ganz geeignet, die Witterung der Preise zu begünstigen. Die Einschränkung des preisgleichenden Terminhandels führt zu Preis-schwankungen. Bezüglich der Währungsfrage hat der Minister es mißbilligt, daß die Agitation in die großen Massen getragen wird, um so mehr, als ein praktisches Ergebnis

nicht zu erzielen ist. Unter dem Deckmantel, die Täuschung mit der Margarine zu verhindern, verbirgt sich das Bestreben, eine Steigerung der Butterpreise herbeizuführen und den Verbrauch der Margarine einzuschränken. Das Bestreben wird aber wohl ohne Erfolg sein.

Der Minister hat eine große Menge von Fragen der Gefesgebung berührt; er dachte, wer vieles bringt, wird jedermann etwas bringen. Aber wer solche Programmreden der Minister hören muß, der denkt dabei, wie der Jüngling mit tausend Mästen sich einschiffte und wie still auf getrettem Boot der Kreis in den Hafen zurückkehrt. (Weiterkeit.) Der Minister meinte, daß die deutsche Landwirtschaft den Fleischkonsum vollständig befriedigen könne. Das Gegenteil ist niemals von unserer Seite behauptet worden. Deshalb haben die Viehzüchter, auch wenn sie immer noch nachteilig sind, nicht die Bedeutung wie die Getreidezüchter. Die Viehzüchter wirken besonders nachteilig bei gewissen Konjunkturen, z. B. 1889-90 bei dem Mangel an Futtermitteln. Die amtliche Statistik hat bei der letzten Viehzählung festgestellt, daß das Vieh sich um 10 pCt. vermehrt hat. Die Menge des gebauten Getreides wird wachsen, aber niemals so sehr, daß Deutschland des Zuschusses aus dem Auslande entbehren könnte. Das könnte nur geschehen durch Machtmittel des Reichs, durch Vertheuerung der Preise.

Deutschland ist weit mehr als jedes andere Land vom internationalen Baaren Austausch abhängig; will es seine sich verwehrende Bevölkerung ernähren, bedarf es eines Aufschusses an Nahrungsmitteln, der bezahlt werden muß durch Exportwaaren. Hier spricht man davon, daß Deutschland sein Getreide selbst bauen müsse, und im Reichstage verlangt man eine Kreuzerflotte, durch welche die Zufuhr auswärtigen Getreides gesichert wird. (Weiterkeit.) Ich kann mir keine politische Konstellation vorstellen, in welcher Deutschland die Rolle einer belagerten Festung spielen würde. Bei jedem Kriege werden andere Fragen die Rolle spielen als die der Ernährung der großen Heeresmassen. Ungünstige Konjunkturen kommen auch in Handel und Industrie vor, aber man erhebt dort kein Somento darüber. Müssen sich nicht die Arbeiter bei ungünstigen Konjunkturen mit einem geringeren Lohn begnügen? Ja, entbehren sie nicht manchmal der Arbeitsgelegenheit überhaupt? Eine Schwärzung der Rente des Besizenden ist erträglicher als eine Schwärzung des Einkommens des Beschäftigten. Gerade den großen Arbeiterklassen kommen die niedrigen Getreidepreise zu gute. (Widerspruch rechts.) Das Märchen, daß die Bäcker, die Müller und die Zwischenhändler den Vorteil von den niedrigen Getreidepreisen haben, das glaubt Ihnen niemand. Während man früher für 50 Pfennig nur 3-3 1/2 Pfund Brot kaufen konnte, kann man jetzt 6-6 1/2 Pfund Brot bekommen. Die Rente des beweglichen Kapitals ist viel mehr gesunken als die Grundrente. (Widerspruch rechts.) Um 10 pCt. sind die Domänenpachten seit 1876 gesunken; die Zinsrente ist aber seitdem um mehr als 22 pCt. gesunken. Die Rentenverpackungen sind aber immer noch 50 pCt. höher für die neue Pachperiode gegenüber der vorvorigen von 1888-76. Ein Hauptvortheil von Handelsvertragsträgen besteht in der Sicherheit, welche sie für alle Gewerke bieten. Wenn nun unmittelbar nach dem Abschluß von Verträgen die Revision derselben als erwünschenswert erklärt wird, so wird dadurch Unsicherheit erzeugt und dadurch der wesentlichste Vortheil der Verträge beseitigt. In Bezug auf die Branntweindesteuer will man die großen Brennereien mehr belasten. Man will die neuen Brennereien nicht mehr am Kontingent beteiligen. Dadurch würde den Altären, welche jetzt Brennereien haben, eine Neuberechtigung gewährt werden, wie sie am Anfang des Jahrhunderts bestanden, die wir mit schwerem Gelde abgelöst haben.

Der Redner geht dann näher auf die beabsichtigte Berufung des preussischen Staatsraths ein. Der Staatsrath war früher in Preußen ein Surrogat des Parlaments; alle politischen Fragen mußten ihm vorgelegt werden. Davon ist keine Rede mehr. Die Verhandlungen haben jetzt gar keine Autorität mehr. 1884 wurde der damalige Kronprinz zum Vorsitzenden des Staatsraths berufen, um ihn in die Politik des Fürsten Bismarck einzuziehen, was allerdings nicht gelang. 1890 hatte der Minister v. Bütticher jede Arbeiterschutz-Gefesgebung abgelehnt und neun Wochen später kamen die kaiserlichen Erlasse, und der Staatsrath sollte für den Fürsten Bismarck einen Widerstand gegen die Wünsche des Monarchen bilden. Jetzt will man nicht Deckung haben nach oben, sondern nach unten hin gegenüber den Agrariern und der konservativen Partei in Bezug auf den Antrag des Grafen Kanitz. Man behandelt den Antrag Kanitz dilatorisch, man lehnt ihn nicht ohne weiteres ab. Die Rücksicht auf vorhandene Strömungen im Parlament ist an sich ganz richtig. Aber die augenblickliche Strömung verdient nicht hohe Beachtung. Der Antrag des Grafen Kanitz ist gegen 46 Stimmen abgelehnt worden. Die „Kölnische Zeitung“ hat es ausgeplaudert, was in der wirtschaftlichen Vereinigung vorgegangen ist. 21 unter 36 anwesenden Mitgliedern — von den 100 Mitgliedern waren nur so wenig erschienen — waren für die Einbringung des Antrages. Und darüber soll nun der Staatsrath beschließen. (Weiterkeit.) Der Minister stellte es als zweifelhaft hin, ob der Antrag Kanitz gegen die Handelsverträge verstöße. Das ganze Ansehen Deutschlands würde durch eine solche Maßregel erschüttert werden. (Lachen rechts.) Wirtschaftlich betrachtet, bedeutet der Antrag eine Erhöhung des Zolles für Roggen von 85 auf 80, für Weizen von 35 auf 100 M. Man nennt das eine gleitende Skala; ja, aber der Minimalzoll wird nicht ermäßigt, er wird nur erhöht. Der Antrag will den Durchschnittspreis der letzten 40 Jahre zum Minimalpreis machen. Warum soll bloß für den Getreidebau der Großgrundbesitzer (Lachen rechts) eine Preisregulierung eintreten? Warum nicht bei anderen landwirtschaftlichen Produkten, ja bei allen industriellen Produkten und bei der Zinsrente? Und kann der Arbeiter nicht auch einen Minimallohn verlangen? Man will das Privateigenthum behalten, aber das Risiko nicht tragen. Wer das nicht tragen will, der verliert die sittliche Berechtigung zum Privateigenthum! (Sehr richtig, links!) Ein so gemäßigter Mann, wie Herr von Bennigsen, der selbst Güterbesitzer ist, bezeichnet den Antrag Kanitz als gemeingefährlich, als Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie; er meinte, man sollte einer Anzahl von Fanatikern die Vertretung der Landwirtschaft aus der Hand nehmen. Die Herren von der Rechten bekundeten dem neuen Landwirtschaftsminister gern noch etwas lähl das Vertrauen, aber das wird sich bald in Mißtrauen wandeln, wenn seine Antwort gestern wirklich nur ein Begräbnis erster Klasse bedeutete.

Finanzminister Miquel: Ich muß dabei bleiben, daß diese Verhandlungen besser im Reichstage stattfinden. Herr Richter hat sich mißfällig geäußert über die beabsichtigte Berufung des Staatsraths. Die Frage, ob der König von Preußen einen sachkundigen Beirath berufen will, um wichtige preussische Fragen, die auch Reichsfragen sind, zu entscheiden, hängt allein ab von der Entscheidung des Königs und unbedingt nicht von der Kritik des Landtages, die keinen Rechtsgrund hat. Der Staatsrath ist keine Körperlichkeit, die sich beliebig von jemand gebrauchen läßt. Mit Reichsfragen soll sich der Staatsrath gar nicht befassen. Kennt Herr Richter die Tagesordnung des Staatsraths? Glaubt er, daß derselbe allein wegen des Antrages des Grafen Kanitz berufen wird? Wir kennen die Tagesordnung noch nicht einmal. Wenn der Kaiser sachverständige Männer beruft, um seine Stellung in Reichsfragen zu nehmen, ist das zu tadeln? Herr Richter hat ebenso unbewiesen mich als Vater des Zuckersteuer-Gesetzes von 1891 bezeichnet. Das ist falsch! (Weiterkeit rechts.) Dieses Gesetz verdanken wir der Initiative der Reichsbehörden allein. Es ist ein Kompromiß der verschiedenen Strömungen. Ich war damals eben in das Ministerium gekommen und habe damals nicht voll erkannt, welche Wirkungen das Steuergesetz haben würde. Der Minister geht näher auf die von Richter angegriffene Exportprämie für Zucker ein. Man kann als Nationalökonom die Exportprämie grundsätzlich verwerfen und sie doch als ein notwendiges Uebel hinnehmen.

Wenn große Unternehmungen sich vereinigen, um im Inlande theurer zu verkaufen als nach dem Auslande, so ist das durchaus nicht tadelnswerth. Die Zuckerfabriken können sich aber nicht einigen. Wenn der Staat seine Vermittelung eintreten läßt und nimmt von dem Beteiligten eine Steuer, um Prämien zu zahlen, so ist das nur ein Schutz der Schwachen, die sich nicht selbst helfen können.

Die Warnung des Herrn v. Puttkamer bezüglich der Rentengutsbildung nehme ich gern hin. Es ist schon geschehen, was geschehen konnte. Vielleicht hat man in der ersten Zeit nicht genug Vorsicht angewendet; solche sozialen Maßregeln dürfen nicht überstürzt werden, damit man die gemachten Erfahrungen zur Vermeidung der Fehler verwenden kann. Heutzutage wird wohl nicht mehr bestritten, daß die Landwirtschaft gegenwärtig der am meisten gefährdete Erwerbszweig ist. Vor nicht langer Zeit wurde das konstant bestritten und lediglich eine Nothlage des Großgrundbesitzes zugegeben. Darüber sind wir hinaus. (Sehr richtig! rechts.)

Landwirtschafts-Minister v. Hammerstein: Ich habe gestern gesagt, es sei in der Generaldiskussion von anderer Seite die Frage angeregt, ob es nicht möglich und ausführbar sei, in eine Revision der Handelsverträge einzutreten. Ich habe diese Frage als außerordentlich schwierig bezeichnet; von mir ist eine solche Anregung nicht gegeben. Bezüglich des Antrages Kanitz habe ich ausgeführt, daß ein formulirter Antrag noch nicht vorliegt. Ich habe zunächst gesagt, die Staatsregierung sei einschlossen und gewillt, die Handelsverträge auszuführen und dann dargelegt, daß es zweifelhaft sei, welche innerhalb des Antrages Kanitz angelegten Gedanken ausführbar seien ohne Verletzung der Handelsverträge. Ein Getreidemonopol habe ich als keinen Vortheil gegen die Handelsverträge bezeichnet; aber den Verlauf des Getreides nach einem bestimmten Durchschnittspreis habe ich als einen solchen Vortheil gegen den Handelsvertrag bezeichnet. Beim Schluß der Debatte will ich auf die anderen Fragen eingehen.

Nach dieser Bemerkung verlassen die Mitglieder der Rechten fast sämmtlich den Saal.

Abg. Sattler (natl.): Die Landwirtschaft ist ein wichtiger, vielleicht der wichtigste Zweig unseres Erwerbslebens. Wir stellen dabei immer den Bauernstand in den Vordergrund, weil die anderen Zweige der Landwirtschaft, wenn sie einmal zu grunde gehen sollten, viel leichter ersetzt werden können als der Bauernstand. Mit dem Landwirtschaftsminister sind wir einverstanden, daß alles geschehen soll, um der Landwirtschaft auf dem Gebiete des Verkehrs zu helfen, auch durch bessere Tarife, sogar durch Stofftarife, die freilich nicht in Berlin enden dürfen. An die Eisenbahnen und Wege schließen sich Wasserstraßen und Kanäle, die für landwirtschaftliche Produkte die größte Bedeutung haben und keineswegs bloß der Erleichterung der Einfuhr dienen. Den Antrag des Grafen Kanitz hat der Minister nicht freundlich aufgenommen; Herr von Puttkamer sprach ja von einem Begräbnis erster Klasse. Eigentlich bleibt von dem Antrage Kanitz nichts übrig, was vor den Handelsverträgen bestehen kann. Der Charakter des Staatsraths als sachverständiger Beirath ergibt sich daraus, daß man sogar einen Sozialdemokraten vor denselben vorkommen hat. Herr Richter sollte sich doch darüber nicht so sehr aufregen. Der Landwirtschaft im Osten geht es schlechter als der im Westen, dem Großgrundbesitzer schlechter als dem kleinen Besizer, der selbst mitarbeitet, während der erste unter dem Arbeitermangel und den hohen Löhnen leidet. Man muß deshalb auf eine Aenderung in der Besitzvertheilung hinwirken. Das Bauernrecht kommt jetzt selten vor; man müßte jetzt eine Mischung der verschiedenen Besitzklassen herbeiführen, durch die Kolonisation und die Rentenguts-Bildung, durch das Anwerbenrecht. Für die Fideikommissie aber müßte eine obere Grenze geschaffen werden, damit nicht alles Land festgelegt und dem Verleher entzogen werde. Wir sehen der Führung des Ministers mit Vertrauen entgegen. (Beifall bei den National-liberalen.)

Abg. v. Mendel-Steinfeld (l.) protestirt dagegen, daß man den Nothstand der Landwirthe erst dann anerkennen will, wenn sie verhungern. Schlimmer sind die Agrarier nicht, das können die Sozialdemokraten und Herr Richter erfahren, wenn sie sich einmal auf das Land begeben wollten. Die Produktionskosten übersteigen den Preis; kann die Regierung dagegen ein anderes Mittel vorschlagen als den Antrag des Grafen Kanitz, so wird man den letzteren fallen lassen. Manche Maßnahmen der Regierung haben Unzufriedenheit im Lande erregt, die nicht eher schwinden wird, bis man Thaten statt der Worte sieht. Wenn man durch Handelsverträge die Zölle festlegt, wenn man die gesperrten Grenzen öffnet, so muß das Mißthimmung erregen. Der Rückgang der Landwirtschaft hat auf die Konsumfähigkeit von 47 pCt. der Bevölkerung, und damit auch auf Handel und Gewerbe nachtheilig gewirkt. Denn Deutschland ist kein Industriestaat, wie im Reichstage gesagt wurde, Deutschland ist ein Agrarstaat und wird es noch lange bleiben. Je mehr Deutschland sich abhängig macht mit seinem industriellen Export von fremden Staaten, desto mehr wird es abhängig von allen Revolutionen in den überseeischen Ländern.

Abg. v. Tiedemann-Lobichin (l.) weist darauf hin, daß die Landwirthe am meisten über die Arbeiterversicherung klagten. Er sei kein Gegner derselben; man habe damit einen Sprung ins Dunkle gemacht, aber nach den gemachten Erfahrungen müsse er erklären, die Gesetze seien mit den Forderungen des praktischen Lebens nicht vereinbar. Er macht dann verschiedene Verbesserungsvorschläge und bittet die Regierung dieser Frage ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Abg. Sieg (natl.) dankt dem Minister für sein Entgegenkommen den Wünschen der Landwirtschaft des Ostens gegenüber und bittet ihn, baldigst eine Informationsreise dafelbst vorzunehmen, aber nicht unter Führung der Oberpräsidenten, sondern lieber der Landräthe oder der Kreisdeputirten. Die Steuerreform habe der Landwirtschaft keinen Vortheil gebracht; die Gewerbesteuer werde namentlich von den Brennereien in unangemessener Höhe erhoben; man steigere auch die Anforderungen für die Schule gegen das Votum der Kreistage, meist auf Anreiben von Regierungsauffsehern, die von den Verhältnissen nichts verstehen.

Abg. Herold (Z.) dankt dem Minister für seine Antrittsrede und spricht die Hoffnung aus, daß derselbe der Landwirtschaft helfend zur Seite stehen werde. Deshalb sei auch wohl seine Ausführung über die Staffeltarife nicht dahin zu verstehen, daß er diese wieder einführen wolle. Eine Steigerung der Getreidepreise würden auch wir gern annehmen, wenn sie möglich wäre. Aber der Antrag Kanitz ist unausführbar, die Agitation für denselben ist bedenklich, weil sie leicht entfacht ist, aber nur schwer zurückgebrängt werden kann. Der Hinweis auf die Viehzucht hat nur dann eine Bedeutung, wenn durch die schärfste Kontrolle jede Seuchengefahr verhindert und die Landwirtschaft vor den aus den Seuchen entstehenden Verlusten geschützt wird. Man brauche nicht einmal die Vieheinfuhr für das Fuchtmaterial. Redner empfiehlt den Schutz der Butter gegen Margarine, bessere Färsorge für die Zuckerindustrie, Förderung der Kleinbahnen und des Eisenbahnverkehrs, namentlich durch Einrichtung von Güterhöfen auf dem platten Lande; Gewährung des Reichsbankkredits für die Genossenschaften, bessere Regelung des Gesundheitswesens re. Mißtrauen ist Redner gegenüber den Siloanlagen, deren Vortheile immer wieder bewiesen werden.

Darauf wird die Debatte vertagt. Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Schluß nach 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr (Fortsetzung der abgebrochenen Debatte).

Parfeinrichtungen.

Gegen den „Umsturz“. Unsere Parteigenossen im ganzen Reich fahren fort auf das lebhafteste zu agitieren gegen das geplante Knebelgesetz. Und der Stimmung nach zu schließen, die sich in weiten Volkskreisen gegen dieses neue Alientat gegen die kümmerlichen Volksfreibeiten geltend macht, dürfte die Regierung bei einer event. Auflösung des Reichstages recht bittere Erfahrungen machen. Es haben weitere Protest-Versammlungen stattgefunden in Dessau, wo der Reichstagsabgeordnete Schimidt-Neuburg referirte. In Stettin sprach der Reichstagsabgeordnete Schumacher-Solingen vor etwa 4000 Personen. Eine so stark besuchte Versammlung hatte seit der letzten Wahlbewegung in Stettin noch nicht stattgefunden. Das eine hat die Umsturzvorlage sicher zu Wege gebracht, daß die Arbeiter aus ihrer Gleichgültigkeit ausgerüttelt worden sind.

Am 7. schleswig-holsteinischen Wahlreise sprach in mehreren Versammlungen der Reichstags-Abgeordnete Legien, in Rortorf referirte der Genosse Klüß-Niel. — Am Sonntag, den 27. Januar, sprach Genosse Wenzel aus Ludwigshafen vor ungefähr 1000 Personen in einer Volksversammlung in Pirnjens. Der Vortrag fand großen Beifall und wurde die Protestresolution einstimmig angenommen. — In Homburg (Tannus) fand am gleichen Tage eine öffentliche Volksversammlung statt, die trotz der strengen Kälte auch von den umliegenden Orten gut besucht war, etwa 800 Personen füllten den Saal bis auf den letzten Platz. Reichstags-Abgeordneter Brühne sprach unter lebhaftem Beifall über die Umsturzvorlage. Ein Geheimpolizist, welcher außer den beiden überwachenden Beamten im Saal war und sich Notizen machte, mußte auf Veranlassung des Genossen Brühne den Saal verlassen. Die Versammlung nahm einen ausgezeichneten Verlauf. — In Hannover fand ebenfalls eine sehr gut besuchte Versammlung statt, in der Genosse Hoch-Frankfurt referirte. Protestresolutionen wurden in sämmtlichen Versammlungen angenommen.

Dr. Müdt. Der Offenburger „Volksfreund“ veröffentlicht folgendes Schreiben, welches Dr. Müdt an den Vorstand der Landesorganisation in Offenburg unterm 28. Januar gerichtet hat:

Seit meinem im Anfang November geschehenen Austritt aus der Partei-Organisation sind wir, abgesehen von den bekannten öffentlichen Kundgebungen, von seiten sozialdemokratischer Vereine, sowie von zahlreichen Parteigenossen aus allen Gegenden des Landes Schreiben geworden, die mein Scheiden aus der Partei auf das lebhafteste bedauern und mich in vertrauensvoller Weise aufforderten, meinen Schritt zurückzunehmen. Trotzdem habe ich bisher geäußert, dem Wunsche der Genossen zu entsprechen.

Nachdem nun aber gestern auch von seiten des Vertrauensmannes des 12. badischen Reichstags-Wahlkreises im Auftrage des sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts“ in Heidelberg, meinem Wohnsitz, an mich das Ersuchen gerichtet wurde, wiederum das Reichstagsmandat für den genannten Wahlkreis anzunehmen und in die Reihen der Partei zurückzutreten, habe ich geglaubt, dem Willen meiner Parteigenossen mich nicht mehr länger widersetzen zu sollen und habe die Zusage meines Wiedereintritts in die Parteiorganisation gemacht. Ich halte mich nunmehr auch verpflichtet, dem Vorstande der Landesorganisation sowie meinen Parteigenossen im ganzen Lande hiervon Nachricht zu geben.

Wir beschränken uns für heute darauf, unseren Lesern obiges zur Kenntniß zu bringen, möchten aber doch gegen die Anschauung, als ob die Zugehörigkeit zu unserer Partei gewissermaßen so oft als ein Rock gewechselt werden könnte, ganz entschieden Front machen, es entspricht das nicht dem Geiste unserer Bewegung.

Wahlkampf. Durch die Mandatsniederlegung des Reichstags-Abgeordneten Baron v. Bulach, der bekanntlich zum Unterstaatssekretär für Fisch-Bohringen ernannt wurde, hat eine Neuwahl im Kreise Erstein-Molsheim stattzufinden. An dieser Wahl werden sich auch, obwohl Aussicht auf Erfolg nicht vorhanden ist, nach der Mitteilung des Offenburger „Volksfreund“, die Sozialdemokraten beteiligen, indem sie einen eigenen Kandidaten aufstellen.

Todtenliste der Partei. Gegen 500 Genossen gaben am Sonntag dem verstorbenen Genossen Kunil in Stötteritz das letzte Geleit. Von einigen unliebamen Szenen mit dem Herrn Geleitlichen abgesehen, verlief die Feier in würdiger Weise; dem Verstorbenen werden die Genossen ein treues Andenken bewahren.

Depeschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Breslau, 30. Januar. Die „Schlesische Zeitung“ schreibt: Nach Mittheilungen Reisender rannte der Berlin-Wiener Schnellzug, welcher um 4 Uhr 54 Minuten in Berlin eintrifft, auf österreichischem Gebiete in einen auf offener Strecke liegenden Güterzug. Die vier letzten Wagen des Güterzuges wurden zertrümmert, die Maschine des Schnellzuges wurde erheblich beschädigt. Der Durchgangswagen Wien-Berlin konnte die Fahrt fortsetzen. Dem Schaffner des Schlusswagens des Güterzuges wurden beide Beine abgefahren, derselbe starb unter den Händen eines im Zuge befindlichen Breslauer Arztes. Der Lokomotivführer und der Heizer des Schnellzuges retteten sich durch Abspringen.

Wien, 30. Januar. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Sofia: Die parlamentarische Untersuchungskommission beschloß, über den unbeweglichen Besitz Stambulow's die Spitze zu verhängen. Die Verwaltungsbehörden gaben diesem Beschlusse Folge.

Christiania, 30. Januar. Wie von unterrichteter Seite berichtet wird, werde das Kabinett nach dem Schlusse der morgigen Staatsrathssitzung demissioniren.

Brüssel, 30. Januar. Repräsentantenkammer. Fernaert wurde zum Kammerpräsidenten gewählt mit 91 Stimmen der Rechten gegen 46 Stimmen der Linken, welche für den bisherigen Präsidenten de Landheere abgegeben wurden.

Rom, 30. Januar. Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht folgende Note: Zwei Bataillone, die heute von Neapel nach Massauah abgehen, sind dazu bestimmt, die Verteidigungskräfte gegen die Tigriner endgültig zu vervollständigen. Es sind das die letzten (?) Bataillone, die nach Afrika gehen. Alle Meldungen von einer Expedition gegen Harrar sind durchaus unbegründet. Die italienische Regierung unterhält die besten Beziehungen zu Ras Makonen.

New-York, 29. Januar. Nach einer Meldung des „Herald“ aus Rio de Janeiro vom heutigen Tage lagern die Truppen auf den öffentlichen Plätzen, patrouilliren in den Straßen und beschützen die Bureaus der Zeitungen. Zur Unterstützung des Militärs ist Marine-Infanterie gelandet worden. Die Kadetten der Militärschule haben sich empört; man glaubt, daß dieselben sich im Besitze von Kanonen und Munition befinden.

(Depeschen-Bureau Gerold.) Frankfurt a. M., 30. Januar. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus München: Eine zahlreich besuchte Versammlung der Sektion Landsberg des oberbayerischen Bauernbundes protestirte auf Kleiner's Antrag einstimmig gegen den Antrag Kanitz und gegen die drohende Wiedereinführung der Staffeltarife auf Getreide und Vieh in Preußen.

Wien, 30. Januar. Der 64 Jahre alte Eisengießer-Gehilfe Kraban versuchte aus Furcht, daß nach seinem Tode seine bedeutend jüngere Frau Hunger leiden würde, dieselbe durch Dammerschläge auf den Kopf zu tödten und erlöschte sich dann mittels eines Messers. Die Frau wurde lebensgefährlich verletzt.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

26. Sitzung vom 30. Januar 1895, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe, Staatssekretär von Püttlamer.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung, Bericht der Geschäftesordnungs-Kommission über die Frage der Priorität der Initiativanträge, wird abgelehnt, da neue Anträge dazu eingebracht sind, die noch nicht gedruckt vorliegen.

Das Haus wendet sich zur ersten Berathung des von den Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzentwurfs, wodurch der Diktaturparagraph für Elsass-Lothringen aufgehoben werden soll. Mit dieser Berathung wird diejenige der elsass-lothringischen Abgeordneten, denselben Gegenstand betreffend, verbunden.

Antwortsprecher Abg. Webel: In wenigen Monaten werden es 24 Jahre, daß der deutsch-französische Krieg eroberte Elsass-Lothringen als einen Theil des Deutschen Reiches einzuweisen. Als jene Eroberung sich vollzogen hatte, ertönten in nahezu der gesamten deutschen Presse wahre Dithyramben auf die wiedergewonnenen Brüder, und es hatte den Anschein, daß es jetzt die vornehmste Aufgabe des Deutschen Reiches bzw. der deutschen Volksvertretung sein werde, alles aufzubieten, um den „wiedergewonnenen Brüdern“ die neue Staatsangehörigkeit so erträglich und angenehm wie möglich zu machen. Dem widerspricht auch zunächst nicht die Thatsache, daß der Reichstag im Mai 1871 der Eingliederung von Elsass-Lothringen zustimmte und dem Reichskanzler die vollständige Vollmacht erteilte, in bezug auf die inneren Verhältnisse Elsass-Lothringens zu schalten und zu walten, wie er es zweckentsprechend halten würde. Diese umfassende Diktatur wurde zunächst auf zwei Jahre festgesetzt und das staatsrechtliche Verhältnis Elsass-Lothringens ist bis zum heutigen Tage insofern das alte, als nach wie vor der in Elsass-Lothringen residierende Statthalter als höchster Reichsbeamter, als Regent der Reichslande, Vollmacht in einem Umfange besitzt, wie sie kein anderer deutscher Staat, ja kein anderer Kulturstaat in ähnlichem Maße hat. Es ist wichtig, Ihnen die freudlichen Neuerungen ins Gedächtnis zu rufen, welche feinerzeit bei dem Einverleibungs-Gesetzentwurf von Seiten des damaligen Reichskanzlers und der anderen Redner hier gefallen sind. Damals sagte Fürst Bismarck, nachdem er darauf hingewiesen, daß die Elsass-Lothringer sich in ihre französische Zugehörigkeit leicht hineingefunden hätten und daß in Elsass eine gewisse Abneigung gegen Deutschland vorhanden war, es sei unsere Pflicht, diese Abneigung mit Geduld zu überwinden, im allgemeinen hätten wir Deutsche die Gewohnheit, wohlwollender und menschlicher zu regieren, als die französischen Staatsmänner thäten, das sei ein Vorzug des deutschen Wesens, der im deutschen Herzen liege und der dem Elsass bald erkennbar werden würde, wir seien auch in der Lage, den Bewohnern einen viel höheren Grad von kommunaler und individueller Freiheit zu bewilligen, als die französischen Einrichtungen und Traditionen dies je vermochten. Er sei überzeugt, daß es uns mit großer Geduld und mit Wohlwollen gelingen werde, den Landsmann dort zu gewinnen, vielleicht in kürzerer Zeit als man jetzt erwarte. Diese Ausführungen des damals maßgebenden Staatsmannes berechtigten zu den begründetsten Hoffnungen, daß es in vergleichsweise kurzer Zeit möglich sein werde, die Elsass-Lothringer als vollberechtigte deutsche Staatsbürger anzusehen. Das dies nicht der Fall ist und daß heute die schlimmsten Ausnahmestände dort existiren und fortauern ist nicht die Schuld der dortigen Bevölkerung, und ich bin gespannt vom Regierungssitz zu erfahren, was die ungeheure Mehrheit der elsass-lothringischen Bevölkerung gethan oder nicht gethan hat, um diesen Ausnahmestand zu beenden. In derselben Sitzung, von der ich vorhin sprach, erinnerte Herr v. Kardorff an die vielen Drangsale, welche die deutschen Protestanten von Elsass-Lothringen unter französischer Herrschaft zu erdulden gehabt haben und er wies darauf hin, daß das auch für dies wirtschaftliche Gedeihen des Landes, das zu neuer nationaler Kraft erwachte, in sich befestigte Deutsche Reich eine größere Bürgerschaft biete als Frankreich mit seinen fortwährend wechselnden Regierungsformen. Weitere bemerkenswerthe Äußerungen liegen aus jener kurzen Debatte nicht vor. Aber in dem Bericht der Kommission, welcher der Entwurf überwiesen war, in prägnantester Weise zum Ausdruck gebracht worden, daß auch sie entschlossen war, alles aufzubieten, um den Elsass-Lothringern die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich so angenehm wie möglich zu machen. Wenn trotzdem die ungeheure Mehrheit der Elsass-Lothringer diese Gefühle, die hier von Ihnen erwartet wurden, nicht theilt, wie ich offen bekenne, so wird es später meine Aufgabe sein, zu untersuchen, warum. Bei der zweiten Lesung des Entwurfs sprach sich Herr v. Treitschke besonders wohlwollend für die Elsass-Lothringer aus, er forderte für sie die Selbstverwaltung im deutschen Sinne. Aber jene Versprechungen und Voraussetzungen sind nicht erfüllt worden. Die Diktatur besteht nach wie vor in Elsass-Lothringen. (Redner zitiert die einschlagenden Bestimmungen der noch jetzt für die Reichslande bestehenden Gesetzgebung, durch welche über das gesammte soziale Dasein Elsass-Lothringens die Diktatur verhängt wird.) Alle Maßregeln kann der Statthalter danach treffen, die er nach seiner individuellen Meinung für geeignet hält, um die nach seiner Meinung für die öffentliche Sicherheit vorhandene Gefahr fernzuhalten. Das ganze Land ist jetzt beinahe 24 Jahre diesem dauernden Belagerungszustande ausgesetzt. Man kann wohl sagen, der letzte Polypist in Elsass-Lothringen hat dort eine weit größere Gewalt über die Existenz des einzelnen Bürgers, als im übrigen Deutschland ein höherer Regierungsbeamter. Ein solcher Zustand ist natürlich höchst unheilvoll und drückend für die Bevölkerung, da niemand weiß, in welchem Augenblicke er sich etwa das Wohlwollen der betreffenden Behörden, in deren gutachtliches Ermessen er seine ganze soziale und wirtschaftliche Existenz gegeben hat, verschert hat, und da die Mittel zu seiner Schädigung geradezu ohne Grenzen sind, so muß das selbstverständlich auf den gesammten Geist der Bevölkerung im höchsten Maße deprimirend einwirken.

Niemand wagt etwas zu äußern aus Furcht, sich dabei zu schaden; so kommen denn die allerberechtigtsten Beschwerden über das Verhalten der Beamten gar nicht zur Kenntniss des höheren Beamten, geschweige denn des Statthalters. Thatsächlich wird Elsass-Lothringen in vollem Umfange als ein erobertes Land behandelt (Zustimmung bei den Sozialdemokraten), die Bevölkerung als eine feindliche angesehen, gegen welche die außerordentlichsten Verwaltungsmaßregeln nothwendig sind. Wie könnte man denn sonst diesen Zustand aufrecht erhalten?

Elsass-Lothringen ist seit 1871 ein deutsches Land, aber mehr als neun Zehntel seiner Gesetze sind heute noch französischen Ursprungs. (Hört, hört! links.) Diese Gesetze bestanden auch in Frankreich, aber während bei dem beständig wechselnden Regierungssystem in Frankreich die eine Regierung auf eine ganze Reihe von Vollmachten freiwillig verzichtete, oder sie einschloß sich, und die andere Regierung sie für nothwendig erachtete, um ihre Existenz aufrecht zu erhalten, be-

stehen jetzt diese Gesetze in Elsass-Lothringen in voller Kraft. Es handelt sich um Gesetze, Dekrete und Verordnungen, die zum Theil ein ganzes Jahrhundert zurückreichen und in der Periode des sogenannten Schreckens unter dem Konvent für nothwendig erachtet wurden, während andere ebenso drakonische Bestimmungen aus der Zeit Napoleons I. und III. und Louis Philipps herrühren. Frankreich hat sich seit 1871 bis heute als Republik erhalten können; sie hat also eine Lebensdauer, wie sie in gleicher Weise keine Staatsform in Frankreich früher erreicht hat. Während dieser ganzen Zeit ist eine Menge älterer Gesetze und Verordnungen in Frankreich beseitigt worden; Elsass-Lothringen wird immer noch auf Grund jener beseitigten Gesetze weiter regiert. Diese Gesetze werden von unsern deutschen Beamten in einer Weise angewendet und ausgelegt und ihre Uebertretung bestraft, wie man es selbst in dem schlimmsten Zeiten in Frankreich kaum ärger gekannt hat. (Zustimmung links.) Das muß ein Gefühl der Rechtslosigkeit, der Vernachlässigung, der Unterdrückung in den weitesten Kreisen Elsass-Lothringens hervorrufen.

Mit der Schaffung des Landesauschusses ist eine gewisse Erleichterung gewährt worden, aber es ist eine Art von Parlament, welches man spottweise Rentnerparlament genannt hat, weil in ihm nur die Vermittelten Sitz und Stimme haben. Ich selber habe mich persönlich im letzten Sommer auf einer Reise nach Basel aus der Unterhaltung eines Freiburger Professors und eines Freiburger Geschäftsmannes, die mich beide nicht kannten, überzeugen können, wie unheilbringend die Diktatur sich in Elsass geltend macht.

1885 beantragte der Abg. Cahis die Beseitigung des Diktaturparagraphen. Zu einer zweiten Lesung des Antrages kam es nicht, und es steht dahin, welches Schicksal der Antrag eventuell gehabt haben würde. Jetzt ist es aber die allerhöchste Zeit, daß die 1871 in Aussicht gestellte Gleichberechtigung der Elsass-Lothringer mit den Altdeutschen endlich zur That und Wahrheit wird. Heute fehlt es in Elsass-Lothringen an den erforderlichen Organen, um die Beschwerden der Bevölkerung frei und offen zum Ausdruck zu bringen. Jedes Blatt fragt sich naturgemäß in erster Linie, ob es nicht in der Ausdrucksweise oder in der Beschwerde überhaupt so weit gehe, daß eventuell die Unterdrückung des Blattes auf Grund des Diktaturparagraphen eintreten könnte. Es ist nicht einmal nothwendig, daß eine einzige bestimmte Handlung einen solchen Gewaltthat rechtserregt oder provoziert, sondern es heißt da unter Umständen auch: Ja, das Blatt ist unterdrückt worden, wir haben es spezial schon lange auf dem Korn und endlich ist das Maß zum Ueberlaufen voll geworden; der oder jener Punkt hat endlich den letzten Tropfen in das Maß gegossen, wo die Geduld dann reicht. Es ist auch nicht zu übersehen, daß jene Unterdrückung eines solchen Blattes zugleich eine gestaffelte Schädigung der Redakteure, Expedienten und Schriftsteller zur Folge hat. Dieses über dem Haupte der betreffenden immerfort schwebende Damoklesschwert übt einen lähmenden Einfluß auf die Presse aus, so daß die Regierungsorgane gar nicht in der Lage sind, die wirkliche Stimmung der Bevölkerung zu beurtheilen. Die Pressefreiheit in Elsass-Lothringen ist eine Hülse. 1881 am 15. September, einen Monat vor der Reichstagswahl, wurde die „Presse von Elsass-Lothringen“, am 4. Mai, einen Monat vor den Bezirkstagswahlen das „Elsässische Volksblatt“ unterdrückt. Herr Antoine hatte 1883 die Abtät, eine Zeitung „Recht“ herauszugeben. Durch Ullas vom 5. August 1883 wurde bereits im voraus das Erscheinen dieses Blattes verboten. Die Behörde sagte sich, zunächst mag ja das Blatt keine Bedenken für die öffentliche Sicherheit erwecken, weil es noch nicht existirt, aber später wird es anders, wenn es erscheint. Am 22. November 1884 wurde das Blatt „Union von Elsass-Lothringen“, ein katholisches Blatt, verboten, endlich wurde auch das „Echo“, ein gänzlich unpolitisches Wochenschrift, verboten. Selbst die nationalliberale „Straßburger Post“ konstatierte, daß keines der erwähnten Blätter protestantisch im landesüblichen Sinne gewesen sei. Nicht allein die ausländischen Zeitungen können, wie auch anderwärts verboten werden, sondern es kann auch jedem altdeutschen Blatt, dessen Haltung bedenklich erscheint, der Eintritt nach Elsass-Lothringen untersagt werden. Es können auch Altdeutsche, wenn sie durch ihre Thätigkeit Bedenken erwecken, ausgewiesen und über die Grenzen geschoben werden. Es geschah im Jahre 1884, als ich mich auf einer Geschäftsreise in Offenburg in Baden aufhielt und zwei meiner Parteigenossen aus dem Elsass mich besuchten. Wir machten einen gemeinsamen Ausflug; davon erhielt ein Spiegel Kenntnis, und es genügte diese Thatsache dann, um diese beiden deutschen Staatsangehörigen aus Elsass-Lothringen auszuweisen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es wurde auch die „Elsässische Volkszeitung“ verboten wegen eines Artikels über den Kaiser Wilhelm I., ohne daß die geringste Möglichkeit bestand, diesen Artikel vor dem Strafrichter zur Verantwortung zu ziehen. Die Herausgabe einer neuen Zeitung wurde dann meinen Parteigenossen ohne jede Begründung verboten. Als meine Parteifreunde den Versuch machten, eine neue Zeitung ins Leben zu rufen, wurde auch sie verboten. Auch heute noch gilt dort das Dekret über die Presse vom 17. Februar 1852, wonach jedes Tagblatt 20 000 M., jedes Wochenblatt 10 000 M. Kaution zu stellen hat.

Die Zeitungsdruckpresse darf nichts anderes als die Zeitung drucken, also kein Wahl-Flugblatt, kein Zirkular u. s. w., wozu eine besondere Genehmigung erforderlich ist. Die Koncession zur Errichtung einer Druckerei für die zuletzt genannten Zwecke muß vom Ministerium eingeholt werden, und sie wird nicht eher erteilt, als bis der betreffende Herausgeber oder Drucker vor Gericht einen Eid abgelegt hat, vermuthlich dahin, daß er nicht gegen die bestehende Ordnung druckt. Und wer nicht vollständig verfassungstreu ist, bekommt die Genehmigung nicht. Auch ein Befähigungsbüchlein als Buchdrucker von vier seiner Kollegen muß er beibringen. (Geheult.) Diese Sicherheitsmaßregeln übertreffen alles, was man in einem Kulturstaat für möglich halten sollte. Auf das geringste Vergehen stehen fürchtbar hohe Geldstrafen, bis zu 1600 Mark, und schwere Gefängnisstrafen. Weiter besteht die schöne Bestimmung, daß ein Blatt, wenn es in einem Prozeßbericht mehr als die bloße Thatsache der Verurtheilung und mehr als den Thatbestand berichtet, sofort bestraft werden kann. Für ein Blatt, das an bestimmten Orten nicht gut angeschrieben ist, ist es einfach unmöglich, Leute zu finden, welche das Blatt zu kolportiren das Recht haben, weil die Kolportage auch wieder von der persönlichen Genehmigung der Behörden abhängt und sie dem betreffenden entzogen werden kann, wenn er nicht die nöthige Garantie für sein Wohlverhalten bietet.

Auch in bezug auf die Vereine besteht eine Gesetzgebung, die antidiluvianisch genannt werden kann; in das Verbot der Polizeibehörden kann die Gründung eines Vereins und die Abhaltung einer Versammlung gelegt werden.

Ich erinnere an die Entrüstung, die über die Auflösung des Fideleeremiums und das Verhalten des Herrn Reichler im Sommer 1893 herrschte. Damals stand in Aussicht, daß die Sache gerichtlich klargestellt werden würde, es ist auch Klage erhoben worden, aber in dem Augenblicke der Entscheidung

lamen die Parteien überein, die Klage zurückzunehmen. Wir haben also heute keinen Einblick in jene Verhältnisse, die damals allgemeine Entrüstung erregten; trotzdem ist der Polizeipräsident Reichler mit Pension verabschiedet worden oder zur Disposition gestellt, wie Herr v. Köller mir eben zuruft. Dieser Herr soll sogar Aussicht haben, rehabilitirt zu werden und auf den Bezirkspräsidentenstuhl in Metz zu gelangen (Zuruf bei den Sozialdemokraten), von dem Verein habe ich aber nicht gehört, daß er das Recht erhalten hätte, wieder ins Leben zu treten. (Redner zitiert eine Reihe von Fällen, in welchen die Genehmigung von Vereinen untersagt oder erschwert wurde.)

In Mühlhausen wurde mir zwar gestattet, öffentlich wohl über die allgemeine wirtschaftliche Lage, aber nicht über die politische zu sprechen; ein Zustand, wie unter dem selbigen schlaafen Sozialistengesetz. Die Schließung oder Konfiskation von Wirtschaften unterliegt in Elsass-Lothringen nicht der richterlichen Entscheidung, sondern dem Gutdünken der Beamten. Oft muß die Schließung von Lokalen wieder zurückgenommen werden, wie Redner an mehreren recht prägnanten Beispielen zeigt, weil das Verbot unter ganz falschen Voraussetzungen ergangen war. Nach einer Anordnung des Polizeipräsidenten von Straßburg sollen in bestimmten Wirtschaften keine politischen Bestrebungen getrieben werden. Das ist zwar offiziös widerrufen, aber manche Wirthe haben ihren Gästen den Rath gegeben, politische Gespräche zu unterlassen. Für den harmlosen Ruf „Vive la France“ ist auf ein Jahr Gefängnis erkannt.

Und was hat der Statthalter alles für Vollmachten? Er ernannt die Bürgermeister, die Geistlichen der Augsburger Konfession, einen ganzen Theil der katholischen Geistlichen; die Beherrschung ist gänzlich von den höheren Beamten abhängig, Verwaltungsgerichte für Beschwerden gegen Behörden existiren nicht. Ein solcher Zustand ist eines Kulturstaates unwürdig. Wenn das maßgebend ist, was heute für die Aufrechterhaltung der Diktatur angeführt ist, dann wird der Belagerungszustand nie aufgehoben werden. Eine so behandelte Bevölkerung kann sich mit der Veränderung ihrer Verhältnisse nicht ausöhnen. Als 1859 und 1860 Savoyen und Nizza von Frankreich annektirt wurden, ist es selbst einem Napoleon III. nicht eingefallen, das Land unter Ausnahmeständen zu stellen; als die Lombarden und Venetianer unter österreichischer Fremdherrschaft standen, ist Jahre lang Tag für Tag in der kräftigsten Weise gegen die österreichische Regierung gemottelt und gedonnert worden, die „Königliche Zeitung“ und die „Gartenlaube“ sandten Extra-Berichterstatter nach den geknechteten, unterjochten Provinzen, die Material sammeln sollten, wenn untergeordnete Polizei-Organen sich etwas gegen die Bevölkerung zu schänden kommen ließen, um diese Organe als ungeheuer gemalthätig der deutschen Leserschaft darzustellen. Eine ähnliche Taktik ist in bezug auf Schleswig-Holstein gegen das Schandregiment der Dänen beobachtet worden. Würden heute etwa schweizerische oder französische Journalisten nach Elsass-Lothringen kommen, um Material zusammenzutragen über die Unzufriedenheit der Bevölkerung, sie würden ebenso viel Material finden, wie jene deutschen Berichterstatter (Zurufe). Herr v. Köller und Herr v. Völkner bestreiten mir das gleichzeitig. Natürlich müssen sie das bestreiten und den heutigen Zustand zu rechtfertigen versuchen; sie werden auch vielleicht die Mehrheit des Reichstages überzeugen, daß sie Recht hätten. Kommt das so, dann beweist es nur, wie tief der öffentliche Geist in Deutschland schon gesunken ist (Zustimmung links). Wenn in bezug auf Gesamt-Deutschland die Diktatur als das einzige Mittel, Deutschland zu retten, vorgeschlagen, wenn dem Kaiser und dem Bundesrath die Diktatur auf unabsehbare Zeit übertragen werden soll, wenn zahlreiche Pressorgane verschiedener Parteien solchen Plänen zustimmen, dann dürfen allerdings viele nicht begreifen können, daß wir verlangen, es solle endlich in Elsass-Lothringen das aufhören, was gewisse Leute gerade jetzt in Deutschland einführen wollen.

Wir haben aus der großen Zahl unserer Anträge gerade diesen Antrag als den ersten zur Verhandlung gestellt, und nicht etwa um sozialdemokratische Agitation zu treiben; wir können mit den Fortschritten unserer Partei in Elsass-Lothringen äußerst zufrieden sein. Unser Anwachsen ist dort geradezu kolossal, das haben Sie nicht verhindern können, ebensowenig wie Sie mit Ihrer Umsturzvorlage die Gesellschaft zu retten vermögen. Geben Sie doch endlich einmal diese ewige Selbsttäuschung auf. Bei der Einbringung dieses Antrages haben wir uns gesagt: Ehe wir eine Erweiterung der Rechte der übrigen deutschen Staatsbürger verlangen, wollen wir dafür sorgen, daß die Elsass-Lothringer wenigstens die Rechte bekommen, die wir bereits haben. Ihr Beifall oder ihr Mißfallen kann uns nicht abhalten, diesen Antrag zu stellen oder ihn gegebenenfalls zu wiederholen. Die „wiedergewonnenen Brüder“ sollen sich auch als deutsche Brüder fühlen, und das können sie nur, wenn Sie sie zu vollberechtigten Deutschen machen, wenn Sie mit einem Worte die Diktatur aufheben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Der Reichstag wird wohl nicht annehmen, daß ich die 9 Jahre meiner Amtsführung ein Tyrann der Reichslande gewesen wäre. Der Staatssekretär wird auf die Einzelheiten antworten. Ich beschränke mich auf einige allgemeine Bemerkungen. Das Gesetz von 1871 wurde unmittelbar nach der Einverleibung von Elsass-Lothringen in Deutschland, also zu einer Zeit gegeben, wo noch in manchen Kreisen eine gewisse Mißstimmung über die Abtrennung des Landes von Frankreich vorhanden war. Man befürchtete damals Ausschreitungen in einer gewissen Richtung und man konnte damals mit einiger Berechtigung sagen, daß die Maßregel gegen die Bewohner von Elsass-Lothringen gerichtet war. Heute kann man das nicht mehr sagen. Der sogenannte Diktaturparagraph hat heute nur noch eine theoretische Bedeutung. (Widerspruch und Lachen bei den Sozialdemokraten.) Er ist während meiner Amtszeit überhaupt nur zweimal angewendet worden: die Bevölkerung hat sich daran gewöhnt, den jetzigen Zustand als einen dauernden anzusehen. Viele sind auch von Herzen gute Deutsche, und im allgemeinen ist die Bevölkerung von Elsass-Lothringen ein arbeitsames, treues, Geseh und Religion ehrendes Volk. Trotzdem halte ich es nicht für rathsam, den sog. Diktatur-Paragraphen jetzt aufzuheben. Die Regierung von Elsass-Lothringen bedarf einer gewissen Sicherheit, nicht gegenüber der Bevölkerung, sondern gegenüber auswärtigen Agitationen e. n. (Zustimmung.) Ich hebe hervor, daß die französische Regierung zu allen Zeiten in der korrektesten und loyalsten Weise verfahren ist. Das hindert aber nicht, daß in Frankreich selbst zahlreiche Menschen sich von dem Gedanken nicht trennen können, daß Elsass-Lothringen wieder mit Frankreich vereinigt werden müsse. Wenn Sie annehmen, daß diese französischen Agitationen auch nach Elsass-Lothringen übertragen werden können, so müssen Sie zugeben, daß auch der Fall eintreten kann, daß die Bewohner von Elsass-Lothringen durch Agitationen von außen zu unbesonnenen Schritten verführt werden können. Gegen diese Verführungen errichtet das Gesetz von 1871 eine Art Warnungstafel. Wenn es manchen Unbesonnenen vor dem Landesrath behütete, so würde es sich schon dadurch allein bezahlt machen. Ich wünsche auch von ganzem Herzen, daß Elsass-Lothringen mit dem übrigen Deutschland gleichgestellt würde. Diese Gleichstellung kann aber erst dann erfolgen, wenn wir vor fremden Einwirkungen sicher gestellt sind. Bis dahin müssen wir das Gesetz behalten und ich rathe Ihnen deshalb den Antrag abzulehnen. (Beifall.)

Abg. Guerber (Elßner): Daß unsere ewig junge Diktatur noch im neuen Reichstage debattiert werden würde, hätten wir nicht erwartet. Eine theoretische Bedeutung soll sie nur noch haben. Aber jede Theorie ist grau und grau sind unsere Haare unter der Diktatur geworden! Eine Warnungstafel soll sie sein, sie wird nicht angewendet, aber ohne sie kann man das Land nicht regieren. Also man braucht sie und man braucht sie nicht — welche ein flagranter Widerspruch! Beide Sätze sind inhaltlich unrichtig. Sie ist gebraucht worden zu Ausweisungen, gegen die Presse und bei den Wahlen. Die politische Alimant repräsentiert der Herr Guerber, vor dem sich die Se. Exz. der Bürgermeister beugt, der jeden Augenblick vom Statthalter, d. h. Kreisdirektor, wie ernannt, so abgesetzt werden kann. Die Diktatur wird also gehandhabt, aber man könnte sie sehr wohl entbehren. Unruhen, Konspirationen sind im Reichslande unbekannt. Die Elßner sind friedfertig und leichter als irgend ein deutscher Stamm zu regieren. Unsere Zustände aber kommen fast den türkischen gleich. Braucht man die Diktatur nicht, so beseitigt man sie auch als Schreckbild; sie hat schon zu lange diesem Zweck gedient. 24 Jahre schon warten wir auf den Messias; nicht zum Wohle des Reiches läßt man das Elßner immer länger warten. Die Sozialdemokratie wächst trotz der Diktatur. Was kann die Diktatur nützen gegen Agitationen von Frankreich her? Die machen uns nicht warm und nicht kalt, wenn Sie uns nur im Innern zufrieden stellen. Es ist das bloß ein vom Haun gedrogener Scheingrund.

Staatssekretär v. Puttkamer: Nach den Erklärungen des Reichskanzlers beschreibe ich mich auf eine kurze Erklärung. Die Verhältnisse bei uns sind nicht so harmlos, wie Herr Guerber sie darstellt. Die Einwirkungen der ligu des patriotes, die Reden des Herrn Desroulde waren sehr geeignet, Aufregung hervorzubringen; zu tausenden sind bekanntlich Elßner-Lothringer im französischen Heere und Beamtenthum angestellt und halten ihre Beziehungen zur Heimath aufrecht. Die zahlreichen elßner-lothringischen Vereine verfolgen nicht bloß humanitäre, sondern auch politische Zwecke. Sie unterhalten zum Theil die nach Frankreich überfiedelnden Elßner-Lothringer mit Summen, die in die Millionen gehen, und die Fäden spinnen sich damit immer dichter vom Elßner nach Frankreich hinüber. Die vornehmste dieser Gesellschaften befindet sich ganz offen das Bestreben, die Emigration nach Frankreich zu fördern, also die Wunde nicht zu schließen, sondern dauernd offen zu erhalten. Den Heißspornen geht sie dabei immer noch nicht thätig genug vor. Dem gegenüber müssen wir die Augen offen halten. Noch ganz neuerdings, am 25. Januar, ist die Dekonstruktion der ligu des patriotes erfolgt (Hört, hört!), sie hat sich noch ein schärferes Statut gegeben, das ausschließlich die „revendication“, die Wiedererlangung Elßner-Lothringens ins Auge faßt. Die Bevölkerung der Reichslande, unbeirrt und unbekümmert, erfordert nicht die Aufrechterhaltung des Gesetzes; aber die erwähnten Einwirkungen von außen erfordern sie. Von den Schilderungen des Abg. Webel soll man sich nicht bange machen lassen. Der Diktatur-Paragraphen dekretirt keine Diktatur; er bestand vor 1871 auch im Elßner als ungeschriebenes Recht. In der württembergischen Verfassung steht etwas ganz Analoges; ebenso in der hessischen Verfassung. Von einer Ungeheuerlichkeit läßt sich also nicht reden. § 10 des Gesetzes von 1871 todtspricht nur das schon vorhandene ungeschriebene Recht. Statt Schauergerichte vorzuführen, hätte man Mißbräuche in der Anwendung des Gesetzes nachweisen sollen. Schon die Diskussion hier im Hause ist eine Kautel dagegen. Ueber die Anwendung vor 1885 gehe ich hinweg. Vereins- und Versammlungsrecht, sowie die Pressefreiheit sind keine Ausnahmsrechte, sondern gültiges Recht. Von Deutschen dritter Klasse kann demnach auch nur sprechen, wer die Verhältnisse nicht kennt. Eine Ausnahmebestimmung ist nur im Charakter des Landes als Reichsland begründet; nur dieses Ausnahmerecht giebt den Herren das Recht, hier noch über innere Reichslands-Angelegenheiten zu reden. Den Landesauschuß, das Rentnerparlament, schiebt Herr Guerber bei Seite; er läßt bei Seite, daß das allgemeine Wahlrecht im Elßner eine ganz andere Ausdehnung besitzt, als in irgend einem anderen deutschen Staat. Auch Herr Webel hat sich wohl gebüht, dies zu erwähnen. Im Landesauschuß kann alles vorgebracht werden, was hier vorgebracht wird. Als wir das Gesetz von 1879 machten, haben wir nicht geglaubt, daß nach wie vor aller dieser Krimskrams im deutschen Reichstage würde verhandelt werden. Ich habe die elßnerische Presse hier im Bureau anlegen lassen; wenn die Herren einen Blick in die Blätter thun wollen, werden sie sich überzeugen, daß es mit den Schilderungen des Abg. Webel nichts ist, besonders nicht mit der Angst, in der sich fortwährend der Redakteur vor dem Diktatur-Paragraphen befindet. Seit die „Elßner-Lothringische Volkszeitung“ unterdrückt ist, kommt der „Offenburger Volksfreund“ zu uns. Der ist gegen jene „Volkszeitung“ wie Simonade. Der „Vorwärts“ kommt hin, und der schreibt in keiner Weise heftiger oder schlimmer als der „Volksfreund“. Vom Diktaturparagraphen hat Herr Webel so wenig wie Herr Guerber gesprochen; beide haben nur Fälle angeführt, die die Anwendung besonderer Gesetze betreffen. Unleugbar hat ja die Sozialdemokratie bei uns Fortschritte gemacht; das hängt mit der Diktatur gar nicht zusammen. Herr Webel ist in Straßburg nicht aus eigener Kraft der Sozialdemokraten, sondern in erster Linie durch Unterstützung der Hiesigen der ehemaligen Protestpartei gewählt worden. Bei den letzten Bezirksrats-Wahlen sind die Herren sogar in Mülhausen unterlegen. Schließlich protestirt der Staatssekretär gegen die Ausführungen des Abg. Colbus über die Straßburger Professoren und speziell über die evangelische theologische Fakultät, als ob bei ihr kein Funken von Religion vorhanden sei; nicht ein Schimmer des Beweises sei dafür erbracht worden. In den elßner-lothringischen Schulen werden auch nicht eine, sondern vier bis fünf Stunden wöchentlich Religionsunterricht erteilt. (Zuruf des Abg. Colbus.) Der Herr scheint ansrecht erhalten zu wollen, daß 4 oder 5 = 1 ist. (Weiterkeit.) Auch die Klagen über die Nichtberücksichtigungen der französischen Muttersprache beim Religionsunterricht seien unbegründet. Die fortwährende Emigration bildet für uns den Pfahl im Fleisch, dazu brauchen wir die Gewalten des sogenannten Diktatur-Paragraphen. Ich erinnere nur noch an das Verhalten des ausgewiesenen Herrn Antoine in Frankreich. (Sehr richtig! rechts.) Die „Elßner-Lothringische Volkszeitung“ wurde unterdrückt wegen eines Artikels über Kaiser Wilhelm I., der in der schärfsten Weise verunglimpft wurde; das durften wir in dem neueroberten Lande nicht dulden. (Zustimmung rechts.) Nehmen Sie die Anträge als zur Zeit nicht entsprechend ob! (Beifall rechts.)

Abg. Vieder (S.): In dem Ton des Herrn Staatssekretärs haben wir doch einen Hauch des Diktaturparagraphen vernommen. (Sehr richtig!) und lebhaft Zustimmung links.) Wir wollen mit dem Antrage auch nicht den Reichstag mit „Krimskrams“ behelligen. Es liegt im Interesse des Reichstages, wenn wir von der weitläufigen Antwort des Staatssekretärs auf das Thema der Anträge zurückkehren. Wir fordern von den Bewohnern der Reichslande rückhaltlose Anerkennung des frankfurter Friedens; wir wünschen zugleich, daß deutscherseits alles geschehe, um der Bevölkerung die Erfüllung dieser Forderung zu erleichtern. Wir sehen in der Aufrechterhaltung des alten französischen „Krimskrams“ und des Diktaturparagraphen das Hinderniß der raschen und vollständigen Amalgamierung der reichsländischen Bevölkerung. Unbefreiend ist der Artikel 68 der Reichsverfassung ein Diktaturparagraph, danach kann der Kaiser den Besatzungsstand proklamiren; der § 10 des Gesetzes von 1871 geht noch weiter und sollte doch kein Diktaturparagraph sein. Das Verursachen in den deutschen Verfassungen führt in der Konsequenz auch zur mecklenburgischen Verfassung, wonach sich dann beweisen ließe, daß der Konstitutionalismus aus dem Reichslande verbannt sei. Behandeln Sie Elßner-Lothringen deutsch, dann wird es sich auch deutsch fühlen. Durch die Erklärung des Kanzlers

ist festgestellt, daß man § 10 gegen die Bewohner des Landes heute nicht mehr anwendet; daß die es schließlich Frucht der heutigen Debatte. Desroulde und Genossen scheinen wirklich den neuesten Streich nur verübt zu haben, um uns zu veranlassen, die Diktatur auf Elßner-Lothringen weiter lassen zu lassen. (Unruhe und Widerspruch.) Auf solche Gedanken muß man nach den Entlassungen des Reichskanzlers kommen! Wange machen gilt nicht. Die Agitationen und Revindicationen mögen in Frankreich treiben was sie wollen. In dieser Beziehung hat uns auch Herr von Puttkamer ein Schauergerichte entworfen. Fürst Hohenlohe hat trotz der außerordentlichen Vollmachten wesentlich zur Verbesserung des Landes gewirkt. Kann eine schönere Aufgabe für den Reichskanzler gäbe es, als von hier aus der Bevölkerung das Joch der Diktaturparagraphen vom Hals zu nehmen. Es ist kein gutes Zeugniß für das Macht- und Rechtsbewußtsein des Deutschen Reiches, wenn man eine so große Verjüngung vor dieser französischen Agitation an den Tag legt. (Beifall der Beifall im Centrum und links.)

Abg. Hüffel (Elßner, Reichspartei) wird, wenn auch mit der Motivierung der Anträge nicht einverstanden, für dieselben stimmen. Die Beseitigung des Diktaturparagraphen, der nicht mehr nöthig ist, würde im Lande selbst und nach außen hin nur vorteilhafte Wirkungen hervorbringen.

Abg. Webel (Soz.): Das Material, welches die Regierung hier gebracht hat, hat einen imposanten Eindruck auf mich nicht gemacht. Es war da wesentlich von Hilfsvereinen die Rede und der Staatssekretär konnte nur von Unterstufungen sprechen, die den Emigranten zu Theil würden. Es ist doch ein sonderbares Zusammentreffen, daß diese Agitationen wieder auftreten sollten, nachdem die Patriotenliga von der Wilhelmsche verschwunden war. Es ist für mich kein Zweifel, daß sie zu neuem Leben nicht wieder entstehen wird. Die Franzosen wissen ganz gut, daß wir ihnen die Sympathien nicht mehr entgegenbringen können, wie im Anfang der 70er Jahre. Von Agitationen weiß man bei uns nichts im Lande. Wenn irgendwo der Minister eines Landes von einem leichten Verleher im Lande mit Unrecht gesprochen hat, so ist es der von Elßner-Lothringen, denn nirgends ist der Verleher mehr eingeschränkt als hier. Ich glaube nicht, daß auch nur 5 französische Zeitungen nach Elßner kommen. Aber mit den Zahlen bleibt man wohlweislich zurück. Wenn heute noch Leute nach Frankreich auswandern, so geschieht es wesentlich wegen der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Auswanderung und die anderen angeleglichen Gefahren können doch einem so mächtigen Staat wie Deutschland nicht gefährlich erscheinen; wozu haben wir denn das viele Militär? Von all' diesem leichten Verleher, von den Familienbeziehungen, von der Agitation weiß man im Lande gar nichts. Ein klassischer Zeuge dafür ist Herr Born von Eulach, der einmal sagte: „Was versteht denn der Staatssekretär unter chauvinistischer Agitation? Wir, die wir mitten in der Bevölkerung stehen, wissen nichts davon; die Franzosen denken viel ruhiger und weniger chauvinistisch als wir.“ (Hört! hört! links.) Das die Ruhe und Ordnung im Lande nicht gefährdet worden ist, das hat uns der Reichskanzler heute selbst erklärt und Herr von Puttkamer auch. Der Herr Staatssekretär hat gemeint, die Abgeordneten, die die Angelegenheit hier zur Sprache gebracht, hätten sie besser im Landesparlament vorgebracht. Als aber der Diktaturparagraph im Landesauschuß zur Sprache kam, wurde mit höflichen und feinen Worten darauf hingewiesen, daß man sich an den Reichstag nach Berlin zu wenden hätte. (Hört! hört! links.) Wir werden von Pontius zu Pilatus geschickt!

Man behauptet, daß die französische Agitation im elßner-lothringischen Volk Wurzel fasse. Wenn wir Elßner-Lothringer diesem Trüben nachgeben würden, wenn wir wirklich so dumme wären, und irgend einen Erfolg zu versprechen, wenn, was doch das Endziel der Agitation wäre, ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland hereinbräche, wer würde dann schwerer darunter zu leiden haben, als wir Elßner-Lothringer. Das Volk ist viel zu praktisch, um solchen Agitationen nachzugeben. Der Staatssekretär v. Hofmann hat bereits im Landesauschuß 1887 von den Emigranten gesagt, daß sie sich an der französischen Nation verübten, indem sie die Täuschung hervorriefen, als ob sie den Krieg wollten. Wir wollen in Elßner-Lothringen keinen Krieg.

Der Diktaturparagraph soll eine Warnungstafel sein. Hat denn die elßner-lothringische Regierung keine Warnungstafel, um sich den anderen gegen sie gerichteten Bestrebungen zu widersetzen? Sie hat auch ohne den Paragraphen Nachmittel genug in den Händen, die sie anzuwenden nach der Maxime: Car tel est mon plaisir. Gerade die Sozialdemokratie hat am meisten diese Ausnahmsgesetze zu spüren gehabt. Wir haben eine derartige Masse von einschränkenden Gesetzen im Verfassungsbuch, in den Bundesverträgen, in der Presse, daß die Regierung schon heute das öffentliche Leben im Lande fast völlig lahmlegen kann, was ihr aber dank der Sozialdemokratie nicht gelingen ist. Als ich über die Thätigkeit des Reichstages öffentlich Bericht erstatten wollte, wurde die Versammlung verboten, es wurde mir aber gestattet, sie abzuhalten, wenn ich über meine Thätigkeit im Reichstage sprechen wollte. (Hört! links.) Als ich aber meine Thätigkeit auch dahin aufsaßte, daß zu ihr auch das Zuhören der Nebenherde, wurde die Versammlung mir einfach aufgelöst. Es werden sogar Fachvereine verboten, welche ausdrücklich durch § 152 der Gewerbe-Ordnung zugelassen sind. (Zuruf.) Unter welchen Gründen tragen Sie. Eine Begründung giebt es in Elßner-Lothringen überhaupt nicht (Weiterkeit), da wird einfach dekretirt und damit ist es gut. Einfache Mandatsklubs werden sogar aufgelöst. Ein Verein wurde aufgelöst mit der Begründung, daß sich Sozialdemokraten unter den Mitgliedern befänden. Wenn sich Sozialdemokraten unter den Steuerzahlern befänden, so hat die Regierung nichts dagegen (Weiterkeit), daß unter einem solchen Regiment der patriotische Geist nicht mächtig anwachert in der Bevölkerung, ist selbstverständlich. Nur die Sozialdemokratie hat die Früchte davon. Ich bin in Mülhausen gewählt worden mit 400 Stimmen Mehrheit, die ich aus dem Landkreise erhalten habe, da man die Landbevölkerung gegen die Stadtbevölkerung anzuspüren suchte. Wenn es jetzt zu einer Reichstags-Auflösung käme, dann würden Sie die elßner-lothringischen Sozialdemokraten in größerer Zahl hier wieder finden! (Rachen rechts.) Wir haben bei Gelegenheit der letzten Wahlen viel gelernt, wir haben die Praktiken und Taktiken der Kreisdirektoren abgesehen, und es ist nicht unmöglich, daß der Abgeordnete von Hagenau sich mit einem „Geheimen Legationstath“ wird begnügen müssen und nicht mehr Reichstags-Abgeordneter ist. (Weiterkeit.)

Ich kann die Stimmungsmache nicht besser kennzeichnen, als wenn ich wieder Dr. Petri zitiere, der über die Zustände im Landesauschuß sagt: Es giebt Leute, die sich zur Aufgabe zu stellen scheinen, eine Agitation im Lande zu finden, die gar nicht existirt, die hinter jedem Baum einen Verräther erspähen und auf jeden Fremden als auf einen Spion sehen; wenn doch nur ein für allemal und zwar nicht nur unsere, sondern alle deutschen Regierungen diesen Leuten keinen Glauben mehr schenken wollten! Glauben Sie doch auch einmal uns; wir wollen eine erprobte Entscheidung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse auf Grund der Zusammengehörigkeit mit dem Deutschen Reich.

Das allgemeine Stimmrecht, welches wiederholt angezogen ist, haben Sie aus der französischen Verfassung übernommen, und das ist nicht etwa ein Segen, den Sie uns aus Deutschland gebracht hätten. Es ist das etwas von dem wenigen Guten, welches aus der französischen Zeit übrig geblieben ist. Auf welche Art und Weise das Landesparlament aber zusammengebracht wird, davon will ich gar nicht sprechen. Fürst Bismarck hat das preussische Landtags-Wahlrecht einmal als das allererbärmlichste aller Wahlssysteme bezeichnet. Hätte er dieses Wahlrecht genannt, so hätte er das nicht gesagt. (Zuruf des

Ministers v. Koller: Es ist das beste!) Wir wollen uns verpflichten, die Protestpartei kurz und klein zu kriegen, wenn Sie uns nur die nöthige Berathungsfreiheit geben wollten.

Der Reichskanzler hat das Centrum auf seine Wirksamkeit in Elßner-Lothringen aufmerksam gemacht, um seine kirchenpolitische Vergangenheit abzuschwächen, und darauf hingewiesen, wie er sich mit der Geistlichkeit gut zu stellen gewußt hätte, und es sind ihm ja auch Kompimente vom Centrum dafür gemacht. Ob dieses hohe Lied am Platz war, erscheint mir zweifelhaft. Mein Gegenstand bei der Reichstagswahl hat im Laufe des Wahlkampfes ein Schriftstück unterzeichnet, durch welches er sich eines Theiles seiner politischen Rechte begeben mußte. (Hört! hört! links.) Ich glaube gern, daß dieser Geistliche vereinigt das Recht unter der Geistlichkeit, aber es ist doch bezeichnend.

Besonders schlimm sind wir daran, weil wir kein Oberverwaltungsgericht haben, bei welchem wir uns gegen die Verfügungen der unteren Organe beschweren können. Der Wunsch nach demselben wurde schon 1879 laut; bis heute ist er aber noch unerfüllt, wahrscheinlich mit Rücksicht auf die vielen Sozialdemokraten, mit welchen die Regierung zu thun hat.

Wie die diskretionäre Gewalt der einzelnen Beamten ausgeübt wird, das hat sich gezeigt, als wir ein neues Preßorgan gründen wollten.

Herr Born von Eulach hat sich für die Aufhebung des Diktaturparagraphen ausgesprochen, und ich glaube doch, daß er seine Ueberzeugung mit dem Eintritt in das Ministerium nicht verkaufen müßte. Er sagte, daß alles geschehen müsse im Sinne der Veröhnung. Wir sollten ja die Lieblingskinder des deutschen Reiches werden, aber die Prägeln, welche auf uns herabgeroffelt sind, haben uns über diese Lieblingskinder eigenthümlich belehrt (Weiterkeit). Man sagt, wir sollen Deutsche werden, zu Deutschen gemacht werden. Das glauben wir schon lange nicht mehr, aber daß wir verpreußt werden sollen, das haben wir schon längst gewünscht. Die Behandlung, die uns zu Theil wird, ist eine preussische: preussischer Korporalstod, preussischer Unteroffiziersstod — die Beamten sind wesentlich Preußen. Wird wirklich einmal ein sächsischer Beamter genommen, so muß er erst die preussische Schule durchmachen. Justitia est fundamentum regnorum (Die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Staaten) hieß es hier viel in den letzten Wochen, ein Beweis, daß es dieser wiederholten Mahnung bedurfte. Justitia et amor populi sage ich, Gerechtigkeit und Volksliebe bilden die Grundpfeiler des Staates, Gerechtigkeit durch Beseitigung aller Ausnahmsgesetze, der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze. Sie (nach rechts und dem Bundesrathstische) glauben sich die Liebe des Volkes bereits errungen zu haben. Ellenlange Berichte erschienen in allen patriotischen Blättern über die „herliche Aufnahme des Kaisers seitens der Bevölkerung von Elßner-Lothringen“, und erst vor einigen Tagen hat bei Gelegenheit des Geburtstages des Kaisers der neue Statthalter gesagt, er habe aus dem Munde des Kaisers gehört, wie sehr sich derselbe über die Entwicklung des Landes freue und wie gerne er sich seines Aufenthalts in Elßner-Lothringen erinnere. . . .

Präsident v. Levetzow: Der Geburtstag des Kaisers und die Rede des Statthalters haben mit dem Diktaturparagraphen nicht das geringste zu thun.

Abg. Webel (fortfahrend): Ich wollte sagen, daß die Bevölkerung keinen Grund gegeben hat, die Ausnahmsmaßregeln aufrecht zu erhalten. Die politischen Agitationen von jenseits grenzen uns nicht im geringsten, ich fürchte nicht, daß sie in unserem Lande einigermaßen nur Wurzel fassen können. Einen agitatorischen Zweck hat unser Antrag nicht. Halten Sie den Diktaturparagraphen aufrecht oder erweitem ihn, so arbeiten Sie uns in die Hände. Mit einer solchen Behandlung machen Sie uns nicht zu Deutschen, wohl aber zu Sozialdemokraten, und das kann uns auch recht sein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird die Debatte vertagt. In persönlichen Bemerkungen verwarfen sich die Abg. Colbus, Winterer, Guerber gegen die Ausführungen des Staatssekretärs.

Schluß 5/10 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. (Fortsetzung der Berathung; Antrag Winterer wegen Abänderung der Wahlkreise; Fortsetzung der ersten Lesung der Vorlage, betr. das Hausgewerbe.)

Tokales.

Parteiaktion. Spediteur Marx wohnt, wie wir nachträglich zu berichten haben, Kastanien-Allee 26.

Spindel Nicken hält sich zur Zeit in Spandau auf und will sich an die Arbeiter der Gewerfabrik heranmachen. Man hätte sich also, durch den Mann in Angelegenheiten zu kommen.

Wo hat der Umsturz noch nicht seine Felle aufgeschlagen? Dieser Verweisungsdruck dringt mit positiver Angst aus einem Wäschereitell heraus, der zur Zeit durch diverse bürgerliche Blätter die Runde macht.

Ziemlich gleichlautend bringen „Tageblatt“, „M. Journal“ und „Voss. Ztg.“ das Angstprodukt, das wir zur Erweiterung unserer Leser hier wiedergeben:

„Der sozialdemokratische „Vorwärts“ hatte in jüngster Zeit nicht nur mehrmals vertrauliche Dokumente veröffentlicht, sondern war auch schon am Sonntag im stände gewesen, einen Theil der Geburts- und Heiraths-Notizen, die der Reichs-Anzeiger am 27. d. M. nachmittags publicirte, schon in seiner Morgennummer mitzutheilen. Diese vorzeitigen Veröffentlichungen des „Vorwärts“ beschuldigen gegenwärtig, wie ein Berichterstatter schreibt, die politischen Behörden auf das eifrigste. Zunächst sucht man zu ermitteln, an welcher amtlichen Durchgangsstelle der neueste Vertrauensbruch begangen sein kann, ob bei irgend einer der Zentralbehörden oder aber in der Druckerei des „Reichs-Anzeigers“. Wie verlautet, wäre die Untersuchung bis jetzt ergebnislos geblieben, was für die beteiligten Behörden um so peinlicher ist, als der Kaiser selbst von dem unliebsamen Ereigniß in allen Einzelheiten Kenntniß erlangt und den Wunsch ausgesprochen hat, daß der Schuldige ermittelt werde. In amtlichen Kreisen scheint man übrigens daran zu zweifeln, daß derselbe irgend ein „Subalterner“ oder gar ein „Arbeiter“ sei. Manche begleitenden Umstände sollen vielmehr dafür sprechen, daß er auf einer viel höheren Sprosse zu suchen sei. Man vermutet, daß hier dieselbe geheimnißvolle Hand im Spiele ist, welche schon oft intime Geheimnisse des Schloßes und der Alleenmappen öffentlich preisgegeben hat. Wer um die Verwendung der hunderttausend Mark aus dem Dispositionsfonds an den Reichskanzler gewußt und sich bereit hat, mit verstellter Schrift diese Neuigkeit sofort bestimmten Abgeordneten, Korrespondenten und Redakteuren zu übermitteln, der wird — so sagt man — auch Mittel und Wege gefunden haben, die kaiserlichen Reskripte vorzeitig gerade an den „Vorwärts“ auszuliefern. Es gilt für die Behörden also, einem systematischen Treiben ein Ziel zu setzen, das vielfach öffentliche Vergehern erregt und in ersten politischen Kreisen als Symptom des moralischen Niedergangs gewisser Beamtenkategorien aufgefaßt und beklagt wird.“

Ja, wer soll da helfen? Vielleicht versucht der gutgesinnte Berichterstatter, der diesen Artikel geschrieben, für sein Theil einmal, das Vaterland zu retten. Wie wäre es mit einer Anfrage bei Ben Ali Bey, oder l'homme masqué, oder, wenn alle Stränge reißen, mit einer Konsultation des Schäfers Aft in Kadbruch?

Aber Scherz bei Seite. Hunderte Momente zeugen dafür, daß die Sozialdemokratie

In allen Gesellschaftsklassen begeisterte und opferwillige Anhänger hat, und an hundertsten Momenten nimmt der gefährdete Polizeistaat wahr, daß ihm der Boden überall unter den Füßen wankt. Und da will man verzweiflungsvoll im erneuten Sturm die Sozialdemokratie wiedererkennen. Und da will man es wieder mit den alten abgelebten Polizeimitteln in etwas verallgemeinertem Maße versuchen, da will man die Rezepte, die in den zwölf Jahren von Deutschlands tiefster Schwäche die Sozialdemokratie riesengroß gemacht haben, auf die gesamte Opposition unseres armen Vaterlandes anwenden.

Wie ihr wollt! „Auf zum Kampf für Ordnung, Religion und Sittlichkeit!“ Die Sozialdemokratie ist auch auf diesen Strauß voll gerüstet — sie wird ihn ehrenvoll bestehen.

Vorher aber der Kampf für Ordnung, Religion und Sittlichkeit gegen die Parteien des Unfortschritts auf der ganzen Linie entbrennt, gilt es natürlich, die unbekanntenen Feinde im eigenen Lager aufzusuchen, um sie zu erschmettern. Suchet, suchet, suchet!

Ein großes Stagespiel nimmt das Organ der Rabau-Antisemiten, die „Staatsbürger-Zeitung“ von wegen unserer Geburtsnachrichten an. Die sich wiederholenden Vertrauensbrüche, so schreibt das Blatt, „sind traurige Zeichen einer tiefgehenden Korruption, die um so bedenklicher erscheinen muß, je höher die Kreise sind, in denen die Urheber vermutet werden. Daß der Kaiser jetzt von diesen Vorgängen selbst Kenntnis erhalten hat, — was nach der obigen Notiz nicht der Fall gewesen zu sein scheint, — halten wir gerade für gut; denn nun steht zu erwarten, daß er mit gewohnter Energie die Waffen der Intrigue und des Verraths greifen wird, die in immer unheimlicher Weise unser öffentliches Leben umziehen. Wir könnten nur wünschen, daß der Kaiser von allen Vorgängen dieser Art erfähre und ganz klar sehen könnte, er würde dann gewiß über manche Regungen in unserm Volke anders urtheilen, als er es vielleicht jetzt thut, wo ihm vieles verschwiegen zu werden scheint.“ Ist das Blatt aber neidisch!

Polizeibeamte als Wahlagitatoren. Von dem Ausfall der Charlottenburger Stadtvorordnetenwahl haben wir gestern unsere Leser unterrichtet. Obgleich unser Parteigenosse Goette noch nicht im ersten Wahlgang den Sieg davon getragen hat, läßt der Stimmengewinn, der ihm zugefallen, auf ein günstiges Endergebnis schließen. Aber es muß wieder gekämpft werden, denn auch der Wismarscher Kandidat, Herr Franke, hat, trotzdem ihm ein ganz besonders patriotischer Mann aus dem reaktionärsten Lager entgegengesetzt war, einen nicht unbeträchtlichen Stimmengewinn erhalten. Und das man im Lager der Ordnungsbreiter bei der Stichwahl alle Mienen springen lassen wird, das lehrt bereits die Agitation, die am Montag von Organen der Behörde für die „gute Sache“ betrieben worden ist.

Vor uns liegt ein Flugblatt des Komitees der vereinigten bürgerlichen Parteien, das einige nichtsfagende Phrasen zu Gunsten des „Geheimsekretär im Reichsfinanzamt, Herrn Emil Franke“, enthält. Dies den Wählern zugesandte Flugblatt ist mit einem hystographirten Zusatz versehen, der folgendermaßen lautet:

Im Interesse der guten Sache bitten wir Sie, Ihre Stimme Herrn Franke zu geben.

gez. Münster, Mundi,
Polizei-Hauptmann. Polizei-Lieutenant
u. Vorstand des 4. Polizei-
Reviers.

Unsere Parteigenossen werden nicht versäumen, die polizeiliche Hilfe, die Herrn Franke zu Theil geworden, bei der Stichwahl ins rechte Licht zu rücken und sie nach Gebühr zum Siege der Sozialdemokratie auszunutzen.

Hätet Euch vor Denunzianten! In einer antisemitischen Versammlung, die am 10. d. M. in Schöneberg stattfand, sollen, einer Zeitungsmeldung zufolge, zwei Sozialdemokraten bei dem Hoch auf den Kaiser sitzen geblieben und darauf denunziert worden sein. Wir wissen nicht, ob diese Meldung sich bewahrheitet, immerhin aber sollten unsere Parteigenossen sich hüten, an Gesellschaften theilzunehmen, die sie in derart unnütze Fährlichkeiten bringen möchten.

Die Agitation der proletarischen Frauen hat unter anderem auch das Gute, daß Kreise, die diesen Bestrebungen prinzipiell abhold sind, veranlaßt werden, Fragen, die von sozialdemokratischer Seite aufgeworfen werden, in den Bereich ihrer Erörterungen zu ziehen. Das trifft zum Beispiel zu bei der Besinde-Ordnung. In einer kombinierten Sitzung der Vereine „Frauenwohl“ und „Jugendklub“ — die Mitglieder beider Vereine rekrutiren sich aus den Schichten der „humanen“ Bourgeoisie — äußerte sich die Referentin, Frau Sanitätsrath Schwerin, in bemerkenswerther Weise über dieses Nützlich autokratischer Herrlichkeit. Sie bezeichnet die Besinde-Ordnung als die Eierschale einer despotischen Zeit und fährt im weiteren aus, daß die Zahl der Personen, welche in Berlin der Besinde-Ordnung unterstellt sind, im Jahre 1890 noch 97 640 betrug. Die Referentin wünscht die Errichtung von Besindekammern, um die Diensthöfen dem zweifelhaften polizeilichen Schutze zu entziehen; sie plädiert dafür, daß die Rechte und Pflichten des Besindes der modernen Zeit angepaßt werden. Es sei beschämend, daß man eine Person, die vielleicht 30—40 Jahre „gedient“ habe, mit ganze 12 M. Monatsunterstützung (Besindebeihilfe) abfinde. In der anschließenden Diskussion sprach sich Oberlieutenant v. Eggdi in ähnlichem Sinne aus. Sollten sich etwa Volkstretter finden, meint er, die im gegebenen Falle mit dem Gesetz nicht tabularasa machen, so solle das Volk hübsch für solche Vertreter danken.

Es wäre gar nicht übel, wenn Herr v. Eggdi sich in den preussischen Landtag wählen ließe und das einmal den Herren „Volkstrettern“ ins Gesicht sagte.

Auch eine Kirchennoth. Ein Berliner Geistlicher schreibt dem „Voll“: „Wir Pastoren der ... Kirche erhielten am 27. Januar, nach 1 Uhr Mittags ein Telegramm von Erzbischof Barkhausen mit dem Inhalte, es sollten an diesem Tage sämtliche Berliner Kirchen den ganzen Tag über offen gehalten werden. Selbstverständlich war niemand in unserer Kirche anwesend. Es konnte ja auch nicht mehr bekannt gemacht werden.“ Vielleicht wäre auch bei rechtzeitiger Bekannngabe kaum jemand gekommen. Berlin ist gar so gottlos.

Ein Idyll aus dem Lager der Kämpferschaar für Ordnung, Religion und Sittlichkeit. Ueber den „Fall Koge“ schreibt der Berliner Penitenten-Korrespondent der „Hamburger Nachrichten“ seinem Blatte: „Auch die leidige Affäre Koge ist wieder aufgelegt. Ein Vetter des vielgenannten Zeremonienmeisters, der Rittmeister v. Koge, hat den Zeremonienmeister und Kammerherrn Baron Schrader vor das Pistol gefordert. Das Duell fand statt, verlief aber unblutig. Man traf sich nicht, vertug sich aber auch nicht. Und das wird wohl nun so weiter gehen. Der Leser wird sich entsinnen, daß ich schon vor Monaten von einer gewissen Hofelique sprach, aus deren Intriguengefäße die Machenschaften gegen Herrn v. Koge zurücksprudeln ließen. Es ist anzunehmen, daß das Duell Koge-Schrader den König veranlassen wird, der ganzen Angelegenheit persönlich ein wenig näher zu treten; denn thatsächlich ist die Unglücksaffäre nunmehr zu einem Skandal geworden, der schleunigster Verfügung bedarf. Herr v. Schrader, der 1869 den Freiherrnstitel erhielt, stand lange in hoher Gunst beim König.

Die Berliner Vororte betreiben ihre Eingemeindung mit fieberhafter Eile. In einer am Dienstag abgehaltenen Versammlung, die im Terminhotel in der Friedrichstraße stattfand, wurden in ausführlichen Referaten die mannigfachen Gründe, welche für die Eingemeindung sprechen, nochmals vor-

geführt und eine an die Stadtvorordnetenversammlung zu richtende Petition beschlossen, welche die „bringende Bitte“ ausspricht, daß die Eingemeindung im Sinne der Denkschrift des Eingemeinde-Ausschusses recht bald zur Durchführung gebracht wird.

Zu Brennmaterial für die arme Bevölkerung sind dem Oberbürgermeister Zelle von einem Ungenannten 10 000 M. überwiesen worden. Wenn diese Summe zu gleichen Theilen unter die mehr als 20 000 unterthätigen Armenempfänger vertheilt würde, so kämen auf jeden weniger als 50 Pf. Dafür kann man im Winter in Berlin noch keine hundert Pfund schlechtester Qualität kaufen. Bei der knappen Beschaffenheit, mit der die Armenverwaltung ihre Spenden zu vertheilen pflegt, möchten wir trotzdem beinahe annehmen, daß auch die geringe Summe von 10 000 M. für diesen besonderen Zweck noch nicht einmal vollständig verausgabt werden wird. In solchen Angelegenheiten besißt man bekanntlich bei der Kommunalverwaltung überhaupt eine große Virtuosität darin, keinen Nothstand und folglich keinen Anlaß zu besonderen Maßregeln erblicken zu können.

Der Verein der Gastwirthe von Weiskensee hat in seiner letzten Versammlung beschlossen, an den Amtsvorsteher das Ersuchen zu richten, einen Gastwirth, der zugleich Gemeindevertreter ist, von der Ortsvertretung auszuscheiden. Der Verein hat sich zu diesem Beschlusse bestimmen lassen, weil der betr. Gemeindevertreter im letzten Geschäftsjahre nie Zeit gefunden haben soll, an den Gemeinderath-Sitzungen theilzunehmen.

Drausenwetter bleibt aus. Landgerichtsdirektor Claus in Stolp ist zum Landgerichtspräsidenten in Osnabrück ernannt. Das „Gericht“, welches den Berliner Landgerichtsdirektor Drausenwetter für diesen Posten in Aussicht nahm, ist damit endgiltig widerlegt.

Ein Kontrollapparat soll auch den Droschken II. Klasse bespaht werden.

Eine Massentaufe hat am letzten Sonntag in Nixdorf stattgefunden. 67 Kinder im Alter von 1—13 Jahren sind auf einmal getauft worden. An sich ist solch' massenhaftes Taufen nichts Ungewöhnliches. Soviel wir wissen, ist es sogar allgemein üblich, diejenigen noch ungetauften Kinder, deren Eltern, durch wiederholte Besuche von Stadtmissionaren gedrängt, in eine nachträgliche, aber unentgeltliche Taufe einwilligen, für einen gemeinsamen Taufakt aufzusparen. Die Sache sieht dann wohl etwas geschäftsmäßig aus, aber es ist klar, daß auch Taufen in sich im ganzen billiger stellen müssen. An der Nixdorfer Massentaufe ist nur das eine auffällig, daß sie, wie mitgetheilt wird, im Schulhause vorgenommen worden ist, und daß in den meisten Fällen Lehrer oder deren Angehörige, in ganz wenigen Fällen Angehörige oder Verwandte der Tauflinge selbst sich als Paten hingegeben haben. Sollte etwa auch von der Schule auf die Eltern der räumigen Schalken, die bis dahin ungetauft geblieben waren, ein sanfter, aber fühlbarer Druck ausgeübt worden sein? Es wäre bedauerlich, aber aus der Noth der Zeit heraus erklärlich, wenn sich die Eltern solchem Druck beugen hätten.

Das Masseneind. Viele Hunderte von Arbeitslosen boten sich gestern den Norddeutschen Eiswerken an, auf die Kunde hin, daß die Werke jetzt mit der großen Eiserte beginnen wollen. Meist waren es Bauhandwerker und Schiffer. Arbeit fand gestern noch keiner der Reflektanten, doch wurde ihnen der Bescheid, daß die Werke heute 300 Mann einzustellen gedächten. Zu welchem Lohn?

Ein moderner Ritter ohne Furcht und Tadel. Ein Edelster und Befehl, Graf Willy Bernstorff, hatte vor kurzem mit einer der fünf Prinzessinnen, die im Wintergarten ihre lockeren Gefänge zum Besten geben, eine kleine Reise nach London unternommen, um sich, wie es hieß, dort mit der Dame zu verhehlen. Darob große Sensation in gewissen Klatschblättern. Der Graf wurde als ein Held gepriesen, der seiner Familie und der deutschen Volkshaus zum Trost über alle Hindernisse hinweg das geliebte Mädchen heimzuführen werde. Ja, man berichtete bereits von der Trauung als von einer vollzogenen Thatsache; die Liebe hatte wirklich einmal über die verblähten Standesvorurtheile gesiegt. Dann wurde es einige Zeit still in der Sensationspresse, bis das „Kleine Journal“ gestern mit einer Nachricht folgenden Inhalts aufwartete konnte:

„Die Ehe des Grafen Bernstorff mit Miß Sofie Barrison ist nunmehr definitiv ausgegeben worden. Es haben sich also unsere dahingehenden Andeutungen bestätigt. Wie und unter welcher Londoner Korrespondent telegraphisch meldet, haben sich die „Doctors Commons“, die zur Ertheilung von Ehe-Lizenzen eingesezte Londoner Behörde, ebenfalls geweigert, die Ehe zu vollziehen, ohne daß ihnen in die Dokumente über die erste Ehe des Grafen Bernstorff Einsicht gewährt würde. Das geschah auf Veranlassung der deutschen Botschaft in London. Am Sonnabend war der Bruder des Grafen Bernstorff, der Landrath Percy Bernstorff, in London eingetroffen, um seinen Einfluß zur Hintertreibung der Ehe aufzubieten. Nach anfänglich hartnäckiger Weigerung gab Graf Bernstorff dem Drängen der Familie nach und entschloß sich, Miß Barrison unter bestimmten Bedingungen nicht zu heiraten. Eine Hauptbedingung ist die Zahlung einer Entschädigungsumme an Miß Barrison. Zu diesem Zweck kam der Rechtsvertreter der Familie Bernstorff vorgestern nach London und erzielte eine gütliche Uebereinkunft über die Höhe der Geldsumme, welche sofort ausgehahlt wurde.“ Hübsch macht es sich, wenn das Blatt jetzt weiter schreibt: „Wir freuen uns im Interesse der Familie Bernstorff, daß die peinliche Angelegenheit diese Wendung genommen hat. Graf Willy Bernstorff und Miß Sofie Barrison befinden sich allerdings noch immer gemeinsam in London und man konnte den Grafen mit Miß Barrison noch gestern Vormittag spazieren gehen sehen; beide wohnen auch noch im gleichen Hotel und bemühen sich auf das Äußerste, die ihnen anflauernden Reporter zu vermeiden.“

Wahrscheinlich hat Graf Bernstorff nunmehr die Qualifikation erlangt, als Ritter erster Klasse den Kreuzzug gegen die Parteien des Umsturzes mitzumachen.

Der Sturm, der in der letzten Nacht über Berlin und Umgegend daherkam, hat bedeutenden Schaden angerichtet. Im Thiergarten wurde in der Quer-Allee einer der ältesten Bäume umgeworfen. Im Humboldthain und im Treptower Park haben die Bierzweige hauptsächlich zu leiden gehabt, da eine größere Anzahl derselben vollständig entwurzelt wurde. Auf den öffentlichen Wasserstraßen mußten die Schiffe Nothanker werfen.

Ritterromantik. Zwei Arrestanten in Maskenlostin sind gestern früh durch den grünen Gefangenen-Transportwagen in das Polizeigewahrsam eingeliefert worden. Die beiden Masken, zwei Talimi-Ritter, hatten einen Maskenball auf dem Wedding besucht und waren einer Spanierin wegen in Streit gerathen, der sich bis auf die Straße fortsetzte. Als sie dort der Nachwächter zur Ruhe wies, drangen sie vereint auf den Beamten ein und beleidigten ihn, was ihre vorläufige Inhaftnahme nach sich gezogen hat.

Ein größerer Brand hat am Dienstag Vormittag um 10^{1/2} Uhr auf dem Güterbahnhof in Westend gewüthet. Brennende Kohlenstücke, die aus dem Schornstein einer angezeigten Maschine herausgeflogen waren, hatten das Dach des Maschinenhauses in Flammen gesetzt. Auf die Meldung „Großfeuer“ rückte die Charlottenburger Feuerwehr sofort auf die Brandstelle, konnte aber das Dach nicht mehr retten. Dagegen gelang es bei zweifelhäufiger Thätigkeit, den übrigen Theil des gefährdeten Gebäudes zu sichern.

Polizei-Vorbericht. In der Nacht zum 29. d. M. fiel in der Sanftenerstraße ein Mann infolge der Glätte hin und brach sich ein

Wein. — Am 29. d. M. nachmittags wurde am Schöneberger Ufer ein Mann durch eine Frosche überfahren und am Kopf, sowie an den Füßen schwer verletzt. — Abends vergistete sich ein Drogist in einem Geschäft in der Chausseestraße. — Im Laufe des Tages fanden sechs kleine Brände statt.

Witterungsübersicht vom 30. Januar 1895.

Stationen.	Barometere-stand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (p. M. = p. N.)
Swinemünde.	773	NO	8	wolfig	-1
Hamburg.	774	NO	4	heiter	-2
Berlin.	769	NO	5	halb bedekt	-3
Wiesbaden.	766	NO	3	bedekt	-8
München.	761	NO	2	Schnee	-14
Wien.	761	NO	5	Schnee	-10
Daparsanda.	776	NO	4	halb bedekt	-12
Petersburg.	—	—	—	—	—
Coit.	774	OEO	5	halb bedekt	-3
Aberdin.	783	NO	4	halb bedekt	-1
Paris.	768	NO	3	wolkenlos	-11

Wetter-Prognose für Donnerstag, 31. Januar 1895. Zeitweise heiteres, vorherrschend wolfiges Frostwetter mit Schneefällen und starken östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Gewerkshaffliches.

Achtung, Buchbinder! In der Papierwaaren-Fabrik von Lehmann u. Hildebrandt in Ottensen ist wegen Differenzen ein Streik ausgebrochen. Wir ersuchen alle Kollegen, dort nicht eher in Arbeit zu treten, bis die Angelegenheit von hier aus als geregelt erklärt wird. Zugun ist strengstens fernzubalten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Die Mitgliedschaft Hamburg des Verbandes der Buchbinder etc.

Achtung, Lederarbeiter! Der Streik bei der Firma Heinrich u. Vertram in Brandenburg ist, nachdem sämtliche Forderungen der Arbeiter bewilligt worden sind, beendet. Ebenso sind sämtliche Forderungen der Arbeiter (schonständige Arbeitszeit, Minimallohn von 21 M. u. f. w.) seitens der übrigen Fabrikanten mit einer ganz geringfügigen Abweichung bewilligt worden.

An die Maurer Berlins und der Umgegend! Kollegen! Der Winter bedeutet für uns immer eine Zeit schlimmster Entbehrung und Noth. Durch die Eigenartigkeit unseres Berufes im Verein mit der ganzen wirtschaftlichen Misere sind tausende unserer Berufsgenossen zu langer Arbeitslosigkeit verdammt. Entbitt von dem Nothwendigsten, sind sie nicht selten gezwungen, das Brot der Wohlthätigkeit zu essen, wenn sie nicht verhungern wollen. Dabei stehen unsere Kollegen der Organisation gleichgiltig gegenüber und vernachlässigen damit die Bestrebungen, die zunächst eine Aenderung dieser jammervollen Zustände herbeiführen können. Wir richten deshalb die Mahnung an alle, eingedenk ihrer Pflicht, uns die nötige Unterstützung im Kampf nicht zu verlagern und sich der Organisation, dem Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer anzuschließen. Die Sammlungen zum Generalfonds müssen mit größerem Eifer betrieben werden, damit die Vertrauensmänner, die von den Berliner Maurern gewählt sind, auch die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen könnten. Die Zahlstellen befinden sich in folgenden Lokalen: Böhl, Rübendorferstr. 8; Verndt, Wumenthalstraße 5; Wrieße, Mittenwalderstraße 43; Hoffmann, Waldemarstr. 61; Schmidt, Rytestraße; und Wöhrerstraße 64; Holzbacher, Thurnstraße 84; Mallovske, Weddingstr. 9; Petersohn, Veteranenstr. 21. In sämtlichen Zahlstellen werden Beiträge des Sonnabends von 8—10 Uhr entgegen genommen. O. Schulz, Vertrauensmann, Swinemünderstr. 38.

Der Weberstreik in Kachen ist durch die Vermittelung der Webröden beendet. Die Arbeiter haben einige Erfolge erzielt.

Ueber die mechanische Schuhwaaren-Fabrik von Strunz u. Eissfriedt in Nürnberg ist von der Nürnberger Arbeiterschaft der Boykott verhängt worden.

Der städtische Arbeitsnachweis und die Frankfurter Arbeiter. In einer Versammlung aller Gewerkschaften Frankfurt, die darüber Beschluß zu fassen hatte, ob die organisierten Arbeiter sich, nachdem der sogenannte Streikparagrah von der Regierung gestrichen worden ist, doch noch an der Wahl der Kommission des Arbeitsamts theilnehmen sollen oder nicht, wurde nach einem Referat des Genossen Dr. Quare und nach eingehender Debatte folgende Resolution gegen 4 Stimmen angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Frankfurter Arbeiter erklärt: In der Streichung des sogen. Streikparagrahen aus dem Ortsstatut betreffend den städtischen Arbeitsnachweis, erblickt die Frankfurter Arbeiterschaft eine von den Unternehmern gegen die Arbeiter und ihre Koalitionsbestrebungen gerichtete Maßregel, die den organisierten Arbeitern die Benutzung der städtischen Arbeitsvermittlung vorläufig nicht rüthlich erscheinen läßt. Im Interesse der unorganisierten Arbeiter jedoch werden die Beisitzer beim Gewerbegericht aufgefordert, an den Wahlen zur Arbeitsnachweis-Kommission theil zu nehmen und unaufhörlich für Verbesserungen der Einrichtung innerhalb der Arbeitsnachweis-Kommission thätig zu sein.“ — Ferner wird auf Anregung des Genossen Knoblich (Redner) folgender Beschluß gefaßt: „Der hiesige Magistrat wird aufgefordert, in die Pachtverträge, welche die städtischen Stablfabrikanten (Forsthaus etc.) betreffen, die Bestimmung aufzunehmen, daß die Pächter ihren Bedarf an Personal bei dem städtischen Arbeitsnachweis zu decken haben.“

Die Lederfärber (Glacelerber) von Weiffel sind in den Generalstreik eingetreten, weil ein Unternehmer, der 43 Mann beschäftigte, seine Arbeiter zum Austritt aus der Organisation zwingen wollte. Mehrere andere Unternehmer gingen in ähnlicher Weise vor, sobald die Annahme berechtigt ist, daß die Unternehmer es auf eine Sprengung der Organisation abgesehen haben. 200 Mann, fast durchweg Familienväter, sind am Streik theilhaftig. Da die Mittel der Organisation zur Unterstützung so zahlreicher Personen nicht ausreichen, so ersuchen die Streikenden um Zuwendung materieller Unterstützung. Sendungen sind zu richten an die Union des Teinturiers en Poaux 31, Rue de Comte de Flandre 37, Bruxelles Malenbeck St. Jean.

Vermischtes.

In der ganzen Schweiz herrschte in der Nacht zu gestern intensive Kälte; im Jura fiel das Thermometer bis 35 Grad unter Null. Der Bahnverkehr erlitt bedeutende Verspätungen und Unterbrechungen. Es herrschte bestiger Nordwind.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Stuttgarter. Telegraphirten Sie, die Depesche muß aber 10 Uhr abends spätestens dort angekommen sein und zwar als „dringend“.

H. L. Raumburg. Es ist unmöglich, jetzt nach 3 Wochen Ihren Bericht noch aufzunehmen.

Nr. 30. Wenden Sie sich an das saubere Blatt, auf das Sie abonnirt sind.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 31. Januar. Opernhaus. Fra Diavolo. Schauspielhaus. Kriemhild's Rache. Deutsches Theater. Weh' dem, der lügt. Berliner Theater. Marienburg. Festung-Theater. Zwei Wappen. Neues Theater. Das liebe Geld. Residenz-Theater. Fernand's Ehekontrakt. Theater Unter den Linden. Der Probeluß. Schiller-Theater. Der zerbrochene Krug. Frauenkampf. Belle Alliance-Theater. Mein junger Mann. Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Weite Student. Central-Theater. O! diese Berliner. Adolph Ernst-Theater. Ein fideles Korps. National-Theater. Geschlossen. Alexanderplatz-Theater. Der wunde Punkt. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.) Wallner-Theaterstrasse. Donnerstag, 31. Januar, abends 8 Uhr: Der zerbrochene Krug. Frauenkampf. Freitag, 1. Februar, abends 8 Uhr: Der zerbrochene Krug. Frauenkampf. Sonnabend, 2. Februar, abends 8 Uhr: Der zerbrochene Krug. Frauenkampf. Sonntag, 3. Februar, nachm. 3 Uhr: Des Meeres und der Liebe Wellen. Abends 8 Uhr: Krieg im Frieden.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30. Emil Thomas als Gast. Anna Bäckers. Josefina Dora. Vorletzte Woche! Zum 151. Male: O, diese Berliner! Große Posse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund. Musik von Julius Gindshofer. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: O, diese Berliner!

Adolph Ernst-Theater

Auftreten der Grottesktänzerin Miss Rose Batchelor vom Prince of Wales-Theater in London. Zum 36. Male: Ein fideles Corps. Große Gesangsposse mit Tanz. Nach dem englischen „A Gaiety Girl“ von Jonas Sidney, frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Kren. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Infolge des großen Andrangs bleibt die Kasse von Vormittags 10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Kaufmanns' Variété

Ist noch immer ausverkauft und warum?? Naucke ist da! Naucke ist der Kassenmagnet! Naucke ist das Tagesgespräch Berlins! Naucke ist der gr. Lacherfolg! Naucke als Pauline! Naucke ist zum Schreiben! Naucke als Ballettratte! Naucke ist zum „Schliessen“! Naucke ist der populärste Mensch Berlins! Naucke ist unsere Goldquelle! Naucke bleibt Februar! Ferner 16 Glanz-Nummern. Ab 1. Februar: Neuheit! Pinte Guente! Avis! Den verehr. Vereinen zc. stehen unsere Lokalitäten z. Matinee und Versammlungen zur gest. Verfügung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Donnerstag wegen Vorbereitung zu dem Sensations-Schauspiel Die lebende Brücke geschlossen. Freitag, den 1. Februar: Zum 1. Male: Sensationelle Novität! Die lebende Brücke. (The span of Life.) Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern). Nach dem Englischen von Sutton Vane, überfetzt von H. Schwab. Regie: Max Samst. Dirigent: Adolf Wiedocke. 1. Bild: Das und Eiferjucht. 2. Bild: Mutter und Sohn. 3. Bild: Das elastische Trio. 4. Bild: Kein Licht im Leuchtturm. 5. Bild: Noch nicht zu spät. 6. Bild: Ein Drama im Leuchtturm. 7. Bild: Der Diebstahl des Kindes. 8. Bild: Mutter und Sohn. 9. Bild: Ein menschenfreundl. Araber und ein menschenfeindlicher Europäer. 10. Bild: Die lebende Brücke über den Wasserfall. 11. Bild: Die Vergeltung. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnabend: Diefelbe Vorstellung.

Parodie-Theater

Oranien-Strasse 52 (am Moritzpl.). Die Weber. Vorher: Im Fluge durch die Welt. Tannhäuser. Anfang 7 Uhr.

Castan's Panoptikum.

Noch nie dagewesen! Die Riesen des dunkeln Erdtheils: Die Dinka, 40 Männer, Frauen u. Kinder. Das schockige Mädchen Mariotta. Weihnachts-Ausstellung

Urania

Anstalt für volkstümliche Naturkunde. Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof). Geöffnet von 5-10 Uhr. Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater. Näheres die Anschlagzettel.

Feen-Palast

Gurgelstr. 22, neben der Gärse. Jeden Tag: Große Künstler-Vorstellung Riesen-Programm! Ab 1. Februar: Auftreten durchweg neuer Kunstkräfte. Am 2. Februar: Grosser Bühnen-Maskenball.

Circus Renz

Carlstrasse. Donnerstag, den 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Konkurrenz-Gala-Vorstellung. Jede Nummer doppelt besetzt. Tjo Ni En. Sensationelle Tänze, u. a.: Original! Les grolots vivants, jeu des barbiçhons etc. Original! Neue Musik-Einlagen. Leichtes Auftreten des Hrn. Gustav Hüttemann (a. Gah) mit seinem Schulpferde Cincinatus. Zum ersten Male: Die doppelte hohe Schule, geritten von d. Herren Robert und Ernst Renz mit den Schulpferden Liberator und Colmar. Außerdem: Auftreten sämtlicher Spezialitäten, Damen und Herren. Morgen, Freitag: Hr. Komiker-Vorstellung. Tjo Ni En. Sonnabend, 2. Februar: Wiederholung der Parade-Vorstellung. Gala-Fest-Akt. Auf, auf, zur frühlichen Jagd! Sonntag, 3. Februar: Zwei Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr (ermäßigte Preise): Die lustigen Heldelberger. Abends 7 1/2 Uhr: Tjo Ni En. Fr. Renz, Kommissionsrath.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer. Texas Jack's American Prairie Life-Show. Heute Abend 7 1/2 Uhr: Abschieds-Vorstellung.

Passage - Panopticum.

Neu! Neu! Prof. Frdr. Schwings's Wandernde Lichtbilder. II. Das Lied von der Glocke in 15 lebenden Bildern mit transparentem Hintergrund. Musik von Romberg. Der Meister: Rob. Biberti vom Kgl. Opernhaus in Berlin.

Ben.

Unter den Linden 21. Jeden Sonntag Nachmittags Familienvorstlg. zu halb. Preisen. Orientalische Ali-Zauber und Bey's Wunder. Täglich Anfang 1/8 Uhr.

„Sanssouci“

Gottbusserstraße 4a. Grosse Elite-Soirée der Stettiner Sänger (Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.) Anfang präzis 8 Uhr. Entree 50 Pfg. Vorverkauf 40 Pfg. (siehe Plakate). Elite-Programm! Zum Schluß: Circus-Bilder Ensemble von Meysel.

Schöneberg.

Freitag, den 1. Febr., vorm. 10 Uhr: Öffentliche Versammlung der Arbeitslosen im Lokale des Herrn Kossner, Brunenwaldstr. 110. Tagesordnung: 1. Die Ursachen der heutigen Arbeitslosigkeit. Referent: Gen. Kohrlack. 2. Diskussion. Telleranmeldung findet nicht statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht 258/17 Der Vertrauensmann.

Homöopath.

Arzt Dr. Bösch, Liniensstraße 149, 8-10, 5 bis 7, Sonntag 8-10 Uhr. 1875L*

Damen-

Knopfstiefel, chio 5,50, u. Gummi, 3,90, Ballschuhe 2,95. Einsegnungstiefel 3,75. Arbeiterstiefel 4 u. 5 M. Schneidige talbi. Stiefel 8,25, i. Koffleder 6.-. Kinderstiefel spottbillig. Vorfahrtstraße 16. Großes Lager. Umtausch gestattet.

Georg Wagner

Uhrmacher, Oranienstr. 65, 1 Tr. Bitte auf die Hausnummer zu achten. Uhren u. Goldwaaren in solider Ausführung zu den billigsten Preisen. Massiv goldene Trauringe, geschliffen gestempelt: 1 Dufaten 10,50 M., 1 1/2 Duf. 15,50 M., 2 Duf. 20 M. Star. von 4 M. an. 5785L* Reparaturen an Uhren u. Goldwaaren solid u. billig

Kinder-

Wagen, Krankenwagen, Korbwaaren, Holzwaaren, größtes Lager Berlins, Theilzahlung gestattet. Musterwagen gratis, empfiehlt A. W. Schulz, Brunnenstr. 145 Ecke Rheinsbergerstr., Hauptgeschäft Brunnenstrasse 95, vis-à-vis Humboldtthain. Teleph. N. 3. Nr. 1767.

Grösste

Masken-Garderobe des Ostens. 1. Gesch.: Gr. Frankfurterstrasse 20, I. Ecke Koppenstr. 2. Gesch.: Gr. Frankfurterstrasse 40, Laden. Vereine 20 Pfg. Preisermäß.

Allgem. Kranken- u. Sterbefälle d. deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (G. B. 86, Hamburg, Bezirk O.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied Paul Baumann am Sonntag, den 27. d. M., verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. d. M., nachmittags um 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes in der Freienwalderstraße (Gesundbrunnen) aus statt. Der Bevollmächtigte.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, 31. Jan., abends 8 1/2 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstrasse: General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Revisoren. 2. Bericht des Vorstandes und der Mitglieder. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Der Fall Hohenstein. Mitgliedsbuch legitimirt. Der Vorstand.

Achtung!

Berein der Brauerei-Hilfsarbeiter. Sonntag, den 3. Februar, nachm. 2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandanten-Strasse Nr. 20: General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes über das vergangene Vereinsjahr. 2. Bericht des Kassirers und der Revisoren. 3. Statutenänderungen. 4. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 5. Innere Vereinsangelegenheiten. Die Mitgliedsbücher sind vorzulegen! Das Erscheinen sämtlicher organisierten Brauerei-Hilfsarbeiter ist unbedingt erforderlich. 91/20 Der Vorstand.

Zahn-Klinik.

Preise event. Zehlsahl. Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

Masken-Garderobe

für Herren und Damen C. Ernst, 80., Köpnickstr. 126, I. Vereine Preisermäßigung.

Möbel,

gebraucht, kauft Möbel-Handlung Rosenthaler-Strasse 13.

Presskohlen,

anerkannt beste Heizkraft, wenig Asche gebend. Preise pro Januar: Marke Centrum I, 18 Ctm. lang 6,50 M. Senftenberger II, 18 Ctm. lang 7.- Best. Senftenberger Marie II, stärkeres Format, 16 Ctm. lang 5,75 pro Tausend frei Keller mit Fuhrlohn und Paden. Probekohlen gratis frei Haus. Frischeisen & Co., Muskauerstr. 4, nahe Görliger Bahnhof 2. Geschäft: Gurgelstr. 35a. Unter den Linden 20. Freitag, den 1. u. Sonnabend, den 2. Februar: Frische Würst. R. Kunisch, Badstr. 47-48.

Restoration

umständehalber billig zu verkaufen. Zu erfragen Buttmanstr. 17.

Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20 Säle und Vereinszimmer von 20-600 Personen. Freitag, den 1. u. Sonnabend, den 2. Februar: Frische Würst. R. Kunisch, Badstr. 47-48.

Die Kollegen der Piano-Fabrik von Gurs & Kallmann

haben infolge Maßregelungen und Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist strengstens fernzuhalten. Gleichzeitig ist für die Branche Zusammenseher der Pianofabrik Kanze & Sohn, Blumenstr. 70, infolge Maßregelung laut öffentlicher Versammlung vom 13. Januar cr. die Sperre verhängt worden. 198/13 Die Lohnkommission.

Ein alte deutsche Feuer-Versicherungsgesellschaft

sucht für Berlin und Vororte thätige Haupt u. Spezial-Agenten unter sehr günst. Bedingungen. Off. unter P. 2. nimmt die Exped. d. Bl. entgegen. 2314b

Klempnergehilfe,

welcher auf bessere Petroleumbrenner arb. nach auswärts bei dauernder Beschäftigung gesucht. Fahrt verg. Meld. b. Heine, Dresdenerstr. 13, 2 Tr. 12-3, 7-9 Uhr.

Arbeiter u. Arbeiterinnen,

welche einen großen Bekanntheitskreis haben, und sich für Versicherungen interessieren wollen, werden gebeten Offerten unter V. W. niederzulegen in der Exped. d. Bl. 2467b

Tüchtige Margutterie-Arbeiter

finden in New-York dauernd guten Verdienst. Näheres unter „Brennabr“ postlagernd Hamburg. 3667a

Allen Freunden und Sangesbrüdern zur Nachricht, daß unser Sangesbruder und Vorsänger

Franz Rinke

am 28. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am 31. d. M., nachm. 2 Uhr, vom Krankenhaus Am Friedrichshain aus statt. 2469b Gesangverein Echo II. Die von mir gegen Frau Sasse, Tegelerstr. 26, gemachte Beleidigung, welche von mir herrühren soll, erkläre ich für unwahr. Frau Lob.

Milchfäbel,

Rannen, Satten, Mahe, Tafelwaagen, Lampen, Rührapparate, Buttermaschinen, Butterkneten, Drehrollen. Jordan, Kl. Markusstr. 28.

Zadeneinrichtung,

Billard, Meider- spind, Betten, Geldspind, Bankstr. 29.

Masken

verleiht billig Steufe, Denuewich-Strasse 1. 2462b

Bäckerei-Niederlage

mit guter Kundschaft ist zu verk. Näh. i. d. Exp. d. Bl. 2 Läden m. Wohn., sowie kleine u. Mittelwohn. Mohndorferstr. 14. [2033b*]

Freundl. Schlafstelle

für Herren bei Wwe. Zloth, Adalbertstr. 21, v. 4 Tr.

Möbl. Schlafst. Viellard,

Oranienstrasse 171, Hof 2 Tr. 2463b

Staliferstr. 20a,

vorn 2 Tr. rechts, möbl. Stube, Pr. 12 M. 2456b

2 möbl. Schlafst. n. v. Ww. Gsch,

Adalbertstr. 84. 2460b

Arbeitsmarkt.

Achtung, Tischler!

Zuzug u. d. Küchenmöbel-Fabrik von Oskar Springer, Generalstraße 8, Weissensee, ist unbedingt fern zu halten. 143/13* Die Kontrollkommission.

Musikinstrumenten-Arbeiter-

Streik! Die Kollegen der Piano-Fabrik von Gurs & Kallmann

haben infolge Maßregelungen und Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist strengstens fernzuhalten. Gleichzeitig ist für die Branche Zusammenseher der Pianofabrik Kanze & Sohn, Blumenstr. 70, infolge Maßregelung laut öffentlicher Versammlung vom 13. Januar cr. die Sperre verhängt worden. 198/13 Die Lohnkommission.

Ein alte deutsche Feuer-Versicherungsgesellschaft

sucht für Berlin und Vororte thätige Haupt u. Spezial-Agenten unter sehr günst. Bedingungen. Off. unter P. 2. nimmt die Exped. d. Bl. entgegen. 2314b

Klempnergehilfe,

welcher auf bessere Petroleumbrenner arb. nach auswärts bei dauernder Beschäftigung gesucht. Fahrt verg. Meld. b. Heine, Dresdenerstr. 13, 2 Tr. 12-3, 7-9 Uhr.

Arbeiter u. Arbeiterinnen,

welche einen großen Bekanntheitskreis haben, und sich für Versicherungen interessieren wollen, werden gebeten Offerten unter V. W. niederzulegen in der Exped. d. Bl. 2467b

Tüchtige Margutterie-Arbeiter

finden in New-York dauernd guten Verdienst. Näheres unter „Brennabr“ postlagernd Hamburg. 3667a

Lütticher Anarchistenprozess.

(Original-Bericht.)

Lüttich, den 29. Januar.

Heute wurde die Vernehmung der Entlastungszeugen beendet. Die meisten Aussagen waren unwesentlicher Natur: allgemeine Zeugenaussagen zu Gunsten der beiden Schleichhändler...

In einer persönlichen Unterredung sprach Pastor Peterson seine Meinung über den Prozess dahin aus, daß er an die Existenz eines Komplotts nicht glaube. Einzelne Angeklagte seien bezahlte Werkzeuge in der Hand des Russen gewesen...

Die Zeugin wird nochmals eingehend vernommen, bleibt aber dabei, daß sie Berg am Abend des Attentats erkannt habe. Nunmehr werden die letzten Verhöre des Russen in Petersburg den deutschen Angeklagten in deutscher Uebersetzung vorgelesen...

Jagokowsky hat danach im wesentlichen folgendes ausgesagt:

Ich bin unabhängiger Sozialist. Die Vertheiligung an den Wahlen verwerfe ich ebenso wie den Parlamentarismus überhaupt als nutzlos und schädlich. Anarchistische Bücher habe ich belesen, aber das ist ja erlaubt. Ich besitze, daß ich in Brüssel gefagt habe, ich sei von englischen und französischen Anarchisten nach Lüttich gefandt worden...

Es ist richtig, daß ich den russischen Konsul in Amsterdam aufgesucht und mich ihm als russischen Polizei-Agenten vorgestellt habe. Ich wollte ihn aber damit nur mystifizieren. Der russische Konsul in Amsterdam hatte bei seiner ersten Vernehmung gefagt, er habe den „Baron“ für einen russischen Polizei-Agenten gehalten...

So weit die Aussage Jagokowsky's in ihren wesentlichen Punkten. Nach ihrer Verlesung erklärt der Vorsitzende die Beweisaufnahme für beendet und verlegt die Sitzung auf Donnerstag 1/2 Uhr früh. Der dazwischen liegende Tag, sagt er lächelnd, wird hoffentlich kein verlorener Tag sein. Die jungen Herren Verteidiger werden ihn sicherlich dazu benutzen, ihren Plaidoyers möglichst Kürze zu verleihen.

Berichts-Beitrag.

Schwerbergericht.

Erst aus der französischen Heimath fortgelockt und dann dem Mitleid der Straße preisgegeben hatten die Inhaber der Firma D. Petrus die Zuschneiderin Therese de Wafotich, was zu einem Prozeß vor dem Schwerbergericht den Anlaß gab. Am 22. Oktober 1894 war Fräulein de Wafotich in Paris von einem Beauftragten der genannten Firma, die unter den Linden 10 eines der feinsten

und größten Kostümateliers besitzt, für diesen Betrieb als erste Arbeiterin, Zuschneiderin und Anprobiererin für Röcke, Leibchen und Paletots engagirt worden. In dem schriftlich abgeschlossenen Arbeitsvertrage hatte man der Engagirtin die Reiseflofen von Paris nach Berlin, Wohnung und Verköstigung im Hause der Firmeninhaber und ein monatliches Gehalt von 250 Francs zugesichert und eine einmonatliche Kündigungsfrist festgesetzt. Am 5. November in das Atelier D. Petrus eingetreten, wurde Fräulein de Wafotich bereits am 8. Nov. gefandt, ohne daß man ihr einen Grund dafür angab. War das für die Dame schon eine äußerst unliebsame und unerwartete Ueberraschung, so sollte sie ihre Landsteute von der Firma D. Petrus — die Inhaber sind ebenfalls Franzosen — von einer noch ganz anderen Seite kennen lernen. Sie wurde nicht am 16. November entlassen, ohne den Lohn für ihre Thätigkeit zu erhalten, sondern man verschloß ihr auch das bis dahin inne gehabte Logis und setzte ihre Effekten vor die Thür desselben, so daß sie in der folgenden Nacht mittellos und hilflos auf der Straße zubringen mußte. Das ungeheuerliche dieser That der noblen Firma tritt erst so recht in die Erscheinung, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es sich um eine Pariserin handelte, die Berlin so gut wie garnicht kannte und hier auch keinen Anhalt hatte, war Fräulein de Wafotich doch kaum 10 Tage in der Stadt. Mit Hilfe der Polizei gelang es derselben am 17. November, wenigstens 43,50 M. von ihren lebenswichtigen Arbeitgebern, Herrn Gaston Odun und Fräulein Françoise Ubedeville, zu bekommen, angeblich als Fahrgeld für die Rückreise nach Paris. Kein Gewerbegericht stellte Fräulein de Wafotich den Antrag, jene beiden Inhaber der Firma zur Zahlung ihres Gehalts für den November und die ersten 6 Tage des Dezember, also bis zum Ablauf der Kündigungsfrist, zu verurtheilen, sowie zu einer Kost- und Logisentschädigung für die Zeit vom 16. November bis zum 6. Dezember. Das Gericht erkannte dem Antrage gemäß infolgedessen, als es 40 M. Vorschuß, die Klägerin schon in Paris erhalten hatte, und die oben erwähnten 43,50 M. von der Gefommsforderung in Abzug brachte und der Klägerin 208,80 M. zusprach. Das Gericht (Kammer I, Assessor Lechow), hatte davon Abstand genommen, über die Behauptung der Beklagten Beweis zu erheben, daß die Klägerin zur Ausfüllung ihrer Stellung völlig unfähig gewesen sei; ebenso hatte es auf eine Beweiserhebung bezüglich der gegenseitigen Behauptungen der Klägerin, die sich u. a. auf Klagen von Akademien u. s. w. stützte, verzichtet. Folgende Gründe hielt es für ausschlaggebend: Die Beklagten seien unstrittig längere Zeit vor Abschluß des Engagements in der Lage gewesen, Erhebungen über die Qualifikation der Klägerin anzustellen. Auch wären die Beklagten nach der am 8. November unstrittig ohne Angabe von Gründen erfolgten Kündigung nicht mehr berechtigt gewesen, innerhalb der Kündigungsfrist die sofortige Entlassung wegen gänzlicher Unfähigkeit auszusprechen; und zwar deshalb nicht, weil die angeblich gänzliche Unfähigkeit der Klägerin am 6. November bereits eben so sicher festzustellen gewesen wäre wie 10 Tage später. Dazu komme, daß die Nichterkenntlichmachung dieses gerügten angeblichen Mangels der Klägerin bei der Kündigung in Verbindung mit dieser eine Anerkennung des Vertrages vom 22. Oktober und der Nebenabrede sei, daß derselbe nach Ablauf eines Monats obzulassen sein solle. Gleichzeitig sei dadurch anerkannt worden, daß die Klägerin eine erste Arbeiterin sei.

Wie man ein Theater leitet. Dem ehemaligen Leiter des „Victoria“ und des „Velle-Alliance-Theaters“, Vitassin, ist die Theaterkonzeffion entzogen worden. Der Polizeipräsident hatte gegen ihn die Klage auf Zurücknahme der ihm nach § 32 der Reichs-Gewerbe-Ordnung von 1890 erteilten Konzession zum Betriebe des Gewerbes als Schauspiel-Unternehmer mit der Begründung erhoben, daß ihm die erforderliche Zuverlässigkeit in finanzieller und sittlicher Hinsicht fehle. Die Angelegenheit beschäftigte, wie der „Berl. Börsen-Courier“ meldet, am Dienstag den Bezirksauschuß. Nach der Klageschrift hatte er auf Grund jener Konzession die Genehmigung erhalten, in dem „Velle-Alliance-Theater“, das er für jährlich 75 000 M. gepachtet hatte, öffentliche Theatervorstellungen zu veranstalten. Er selbst war ohne haare Mittel und hatte sich solche darlehensweise beschafft. Als die Vorstellungen am 23. Dezember 1893 eröffnet wurden, war das Geld fast ganz verbraucht. Es traten auch fast überall Zahlungsschwerden ein. Bezüglich der zu begleichenden Wagen und des Pachtgeldes waren sie einwilligen von vorübergehender Natur. Schlechter erging es den Theaterlieferanten und den sonstigen persönlichen Gläubigern des Beklagten. Diese waren gezwungen, die Hilfe des Gerichtsvollziehers in Anspruch zu nehmen, der denn auch bald ständiger Gast in den Theaterräumen und in der Privatwohnung des E. wurde. Anfang März 1894 brach das Unternehmen endlich zusammen. E. entzog sich allen Weiterungen durch die Flucht nach Nieder-Deutreich, unter Hinterlassung einer Schuldenlast von über 70 000 Mark. Der Polizeipräsident vertritt die Auffassung, daß ein derartiger Konzeffionär nicht die vom Gesetzgeber erforderte Zuverlässigkeit in sittlicher und finanzieller Hinsicht besitzt. Regierungsrath Horpe beantragte, dem Beklagten die Konzession als Schauspiel-Unternehmer zu entziehen. In dieser Richtung machte sich auch der Bezirksauschuß schlüssig. Der Beklagte hatte in der Klagebeantwortung zugegeben, daß er völlig mittellos sei.

Ohne Umsturzparagrafen. Vor der Strafkammer zu Potsdam wurden, wie wir bereits kurz berichteten, vor einigen Tagen zwei Prozeße gegen die sozialdemokratische „Brandenburger Zeitung“ verhandelt, die ihren Ursprung in dem Militär-Konzeffionshatten, der im Frühjahr v. J. in Brandenburg a. O. über eine größere Anzahl Vokale verhängt war. Zunächst hatte sich der Expedient Otto Sidow wegen Verleumdung des Kaiserwirths Gwalch (Pablos Salon) in Brandenburg, die durch ein der Zeitung am 28. April v. J. beigelegtes Flugblatt: „An die Bevölkerung der Stadt Brandenburg“, begangen sein soll, zu verantworten. Das Schöffengericht in Brandenburg hatte Sidow, unter Ablehnung des Antrages des Staatsanwalts, der auf 60 M. Geldstrafe lautete, freigesprochen, gegen welches Urtheil die Staatsanwaltschaft Verurteilung eingelegt hat. In dem Flugblatt war erwähnt, daß über das Gerüchtliche Sozialdemokratie den Verruch verhängt habe. Die Arbeiterpartei werde Gegenmaßregeln gegen die Saalbesitzer treffen, die, obgleich sie von der Arbeiterpartei leben, doch vor der Behörde zu Kreuzen kriechen und das Ansehen der Bürgerpartei mit in den Schmutz treten helfen u. s. w. Diese Sätze erachtete der Staatsanwalt für Gerücht, über dessen Lokal schon vier Wochen vor Erscheinen des Flugblatts der Verruch verhängt war, beleidigend und beantragte drei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf sechs Wochen Gefängnis. Der andere Fall betraf den Redakteur Emil Simon, der vom Brandenburger Schöffengericht wegen Verleumdung des Schneidermeisters Krugle in vier Fällen zu 100 M. Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis verurtheilt war, wogegen sowohl der Staatsanwalt wie der Angeklagte Verurteilung eingelegt hatten. Am 17. April 1894 sollte nach der Behauptung eines Artikels der „Brandenburger Zeitung“ der Schneidermeister Krugle einen Soldaten, der ein verbotenes Vokal betreten, demüthigt haben, ebenso einige Tage später einen Pommerin, der dafür mit acht Tagen Arrest bestraft worden sei. Krugle hatte in erster

Instanz befundet, daß er niemanden demüthigt, sondern in seiner bösen Absicht nur einen Unteroffizier gefragt habe, warum sich der erst erwähnte Soldat, als er den verbotenen Laden betrat, so schon umgesehen hätte. Bezüglich des Pommerin erklärte Krugle, daß er diesen gleichfalls nicht demüthigt habe, weil ein Hautboist, dem er den Vorkauf mitgetheilt, ihm gesagt habe, von der Sache nichts zu machen. Im Anschluß an diese dem Krugle gemachten Vorkaufungen brachte die „Brandenb. Zeitung“ noch eine Reihe von ironischen Artikeln, die auf Krugle gemünzt waren und in denen Ausdrücke wie „Ziegenbock“, „Bogkott-Wachtmeister“, „Strohkopf“, „Zwirnspiel“ u. s. vorkamen. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß Privatpersonen gegen derartige Angriffe sozialdemokratischer Blätter geschützt werden müßten, drei Monate Gefängnis gegen Simon. Der Gerichtshof ging mit Rücksicht darauf, daß der Schneidermeister Krugle durch die Artikel der „Brand. Ztg.“ fortgesetzt derartig lächerlich gemüthigt sei, daß er sich kaum mehr habe auf der Straße sehen lassen können, erheblich über das beantragte Strafmaß hinaus und erkannte auf sechs Monate Gefängnis!

Ein Präsepaladogoge. Der seit 10 Jahren antretende Lehrer Franz Xaver Linhardt in Mühlenbach wurde am 13. November vom Landgericht München II wegen Vergehens im Amte, Körperverletzung in acht Fällen, unter der Freisprechung von der Anklage der Körperverletzung in neun Fällen, zu 40 Mark Geldstrafe verurtheilt. Er prägelte die Kinder im Alter von 7—12 Jahren mit einem fingerdicken, 1/2 Meter langen Stöcke auf Rücken und Kopf, riß sie zur Abwechslung auch an den Haaren und verfehrte ihnen Faustschläge auf den Kopf; trotzdem er erst 1892 deswegen verwurrt worden war. Seine Revision wurde verworfen.

Die Verurtheilungsverhandlung gegen den Wunderdoktor Ast, über die wir vorgestern einen ausführlichen Vordbericht gebracht haben, bot in ihrem weiteren Verlaufe nicht das Interesse, das man im allgemeinen erwartet hatte. Dies lag zunächst daran, daß der Radbrucher Schäfer nicht selber zum Termin erschienen war, sondern sich durch einen Rechtsanwalt vertreten ließ. Ferner wurde das Interesse an der Verhandlung dadurch eingeschränkt, daß der Gerichtshof auf die Vernehmung der vorgeschlagenen Entlastungszeugen verzichtete, da angenommen wurde, daß Ast nicht in strafbarer Absicht gehandelt habe. Nach kurzer Beratung wurde folgendes Urtheil verfaßt: Der Gerichtshof hat dahin erkannt, daß die Verurteilung des Angeklagten zu verwerfen und ihm auch die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen seien. Der Gerichtshof kann der Ansicht des Herrn Staatsanwalts nicht beitreten, daß verschiedene strafbare Handlungen vorliegen, der Gerichtshof erachtet vielmehr in dem Treiben des Angeklagten ein einheitliches Delikt. Nach § 263 der Strafprozeß-Ordnung hat aber der Gerichtshof nur das Urtheil der ersten Instanz zu prüfen. Der Gerichtshof war daher nicht in der Lage, eine Prüfung vorzunehmen, ob der Grundsatß des „No bis in idem“ hier verletzt worden sei. Das Strafmaß rechtfertigt sich einmal durch die Vorbefragung des Angeklagten und andererseits durch den großen Umfang der von ihm verabreichten Arguente.

Kunst und Wissenschaft.

Vorgänge im „Schiller-Theater“, so wird aus Theaterkreisen einem hiesigen Blatt berichtet, haben in letzter Zeit viel von sich reden gemacht. Der Direktionssekretär des „Schiller-Theaters“, Herr Coehn, der sich Gellert nannte, ist plötzlich entlassen worden, weil es sich herausstellte, daß er seine Stellung ausgenutzt, um von einigen Mitgliedern Tribut zu erheben. Auf eine Anzeige beim Aufsichtsrath wurde eine Untersuchung angehängt, in welcher die Schauspieler Hoff und Felix Angaben, Herrn Gellert nicht unbedeutende Summen gepöfert zu haben, um sich die Gunst des einflussreichen Sekretärs des Herrn Dr. Löwenfeld zu erwerben und um der Vertheiligung guter Rollen die Vorhand zu haben. — Der Aufsichtsrath verfügte natürlich sofort die Entlassung des Vertrauten des Herrn Dr. Löwenfeld, an dem dieser eine so arge Enttäufung erleben mußte. — Ein nettes Bröbchen von der unwürdigen Schmach, der die deutschen Schauspieler zum theil unterworfen sind.

Zum Kampf für Ordnung, Religion und Sitte. Fräulein Paula Birtz vom Residenz-Theater, früher am Gärtnerplatz-Theater in München, veröffentlicht in einem Münchener Blatte unter dem Titel „Selbst-Geleitet“ eine Episode aus ihrem Liebesleben, die dort um so größeres Aufsehen erregt, als ein in der bayerischen Residenz sehr bekannter Offizier auf das heftigste angegriffen wird. Befangener Offizier, der sich lange Zeit mit Recht den Intimus der pikanten Künstlerin nennen durfte und der zu allen Zeiten, auch in Uniform, an der Seite der Dame gesehen ward, hat sich vor einiger Zeit mit einem reichen Fabrikanten-Tochterlein verheiratet. Als Hochzeitgabe hat die Künstlerin dem treulosen Geliebten nun die kleine Erzählung „Selbst-Geleitet“ gewidmet, unter welche die Verfasserin demonstrativ ihren vollen Namen setzte. Sie schildert ihr Verhältnis zu dem Offizier, sie will es unverkennlich finden, wie ihr Herz für ihn schlagen konnte, wie sie um seine Willen einen ehelichen Mann verließ. Sie erzählt, wie sie ein guter Freund von dem Verrath des Geliebten in Kenntniß gefekt und wie sie den Verräther aufgefordert, die Wahrheit eingestehen. Unter ihren Blicken aber leugnete er die Verleumdung, bis eine zur Unzeit eingetroffene Depesche, deren sich die gekränkte Künstlerin bemächtigt hatte, die Wahrheit an den Tag brachte. In nicht sehr schmeichelhaften Worten schildert die Künstlerin nunmehr das Verhalten des Geliebten. Die ganze Erzählung findet einen sehr poetischen Abschluß. Die Künstlerin sieht den treulosen Offizier mit der Anderen zur Kirche fahren, vor seinen Blicken tanzt ein kleines Muttermal, das die Künstlerin zum Entzünden leidet, die Orgel tauscht, wie Grabelstein Klängen ihre Register: es wird das Glück zur Ruhe getragen.

Der Reichskanzler hat, wie die „Nat. Ztg.“ erzählt, den Ankauf der von Helmholz hinterlassenen Bibliothek für die physikalisch-technische Reichsanstalt angeordnet.

Die Umsturzvorlage, mit deren Hilfe der Kampf für Ordnung, Religion und Sitte gegen die Parteien des Umsturzes gefahrt werden soll, scheint jetzt schon dem Berliner Polizeipräsidenten vorzuschweben. Der Schriftsteller Franz Held, der jetzt in München lebt, erhielt nach der „Münch. Post“ auf Beschwerde bei dem Berliner Polizeipräsidenten wegen des plötzlichen Verbots seines 23 mal am Berliner National-Theater aufgeführten Dramas „Ein Fest auf der Bahide“ den Befehl, daß das Verbot aus ordnungspolizeilichen Gründen aufrecht erhalten bleibe, weil, was dem Verfasser unbekannt war, der Anarchistenklub „Freiheit“ das Stück im National-Theater wiederholen wollte. Held streng nun Klage beim Ober-Verwaltungsgericht gegen den Polizeipräsidenten an.

Es wird beabsichtigt, für die Sternwarte der Kaiser-Wilhelms-Berg einen großen Refraktor anzuschaffen. Die Mittel hierzu sind in einer längeren Reihe von Jahren aus der fächlichen Dotation der Sternwarte angesammelt worden. Zur Aufstellung dieses Refraktors ist die Vertheilung eines Turmes mit einer Drehstuppe erforderlich. Der letztere soll mit dem Gebäude durch einen gedeckten Gang verbunden werden.

Aus dem Lande, dem Deutschland nachzweifert. „Hohltübler der Menschheit“, das harmlose Schauspiel von Felix Philippi, ist in Riga von der Censur verboten worden.

Freie Volksbühne.

Heute Donnerstag, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Gründel, Brunnen-Strasse 188:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Rechenschafts- und Kassenbericht. 2. Verschiedenes.

Sonntag, den 3. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr:

V. Serie VII. Abtheilung (Lessing-Theater):

Der Traum ein Leben.

In dieser Vorstellung werden Extrakarten à 75 Pf. verkauft.

VI. Serie III. Abtheilung (National-Theater):

Kein Hüßung (Keine Heimstätte).

Mitglieder, die der Vorstellung einer Abtheilung beiwohnen wollen, der sie nicht angehören, haben kein bestimmtes Anrecht auf den Einlaß; sie erhalten Sitzplätze, soweit Raum vorhanden ist.

Die Zahlstelle in Moabit ist von R. Quentzel, Thurmstr. 18, nach W. Reddemann, Seifengeschäft, Pritzwilkerstr. 3, verlegt worden.

Der Vorstand der Freien Volksbühne.

300/2 J. R.: Julius Türk, O., Blumenstraße 21.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Lehrplan für das Winterhalbjahr 1894/95.

	Nord-Schule. Müllerstr. 179a.	Südost-Schule. Waldemarstr. 14.
Montag	Naturerkenntnis.	Volksthümliche Medizin.
Dienstag	Volksthümliche Medizin. (Erste Hilfe bei Unglücksf.)	Nationalökonomie.
Mittwoch	Nationalökonomie.	Geschichte (neueste seit 1848).
Donnerstag	Geschichte (Mittelalter).	Naturerkenntnis.
Freitag	Deutsch (Literatur).	Deutsch (Literatur).
Sonnabend	Diktatur-Übungen.	Diktatur-Übungen.

Die Schulräume sind Abends von 1/8 Uhr an geöffnet (Sonntag 10-12 Uhr), um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, in dem außerordentlich reichen Zeitungs-, Zeitschriften- u. Material zu studieren.

Der Unterricht beginnt um 1/9 Uhr und endet um 1/11 Uhr. Die Teilnahme an der Veltüre und dem Unterricht steht Jedem, auch Nichtmitgliedern an einem Abend im Semester unentgeltlich frei.

Für sämtliche Lehrbücher werden zu jeder Zeit neue Teilnehmer (Damen und Herren) aufgenommen.

In größeren Lokalitäten werden in bestimmten Zwischenräumen große Versammlungen abgehalten, in welchen wissenschaftliche Schemata's in volksverständlicher Weise behandelt werden.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 25 Pf. monatlich. Das Unterrichtsgeld beträgt monatlich für jedes Unterrichtsfach 25 Pf.; für den Sonnabends-Unterricht wird kein Entgelt erhoben. Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt an endstehenden Zahlstellen, deren Liste auch in jeder Schule erteilt ist.

Die Zahlstellen sind folgende:

S.	N.
Schöning, Stallweidenstr. 29.	Nordschule, Müllerstr. 179a.
SO.	Gnadt, Putznerstr. 32.
Südostschule, Waldemarstr. 14.	Gleznert, Müllerstr. 7a.
Schulz, Admiralsstr. 40a.	Wernau, Rosenthalerstr. 57.
SW.	NO.
Grube, Mariendorferstr. 5.	Mamlok, Barnimstr. 42.
Windhorst, Junterstr. 1.	NW.
O.	Vogtherr, Stephanstr. 29.
Tempel, Langestr. 65.	W.
55/8	Werner, Bülowstr. 59.

Die Bibliothek ist abendlich geöffnet und steht jedem Mitgliede zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung.

Charlottenburg.

Freitag, den 1. Februar, vormitt. 10 Uhr, im Lokal Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39:

Große Arbeitslosen-Versammlung.

1. Vortrag. Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und Folgen. Referent: P. Jahn. 2. Diskussion. [258/16] Der Einberufer.

Ausnahme-Preise!

858M

Mittwoch, Donnerstag, Freitag, den 30., 31. Januar u. 1. Februar:

Schwarz Cachemir	reine Wolle, prima Waare	Meter 90 Pf.
Weisse Unterröcke	mit Stickerel	Stück 1,50 Mk.
Bettvorleger		Stück 50 Pf.
Taschentücher	rein Leinen	Dtzd. 1,90 Mk.
Merveilleur	Kleiderwaare, reine Seide	Mtr. 1,50 Mk.

Die Extra-Preise gelten nur für diese Tage.

A. Wronkow,

Oranienstr. 162
zwischen Moritz- u. Oranien-Platz.
Filiale: Skalitzerstr. 62.

Höchst eleg. Kostüme. Maskengarderobe A. Tilgener, Prinzeßinnenstrasse 15. Vereinen Preisermässig.

Halb und Halb.
Mampe mit Pomeranzen
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mampe
Berlin, Veteranenstr. 24.
Überall zu haben!

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. [2145b]

Möbel-

Kaufgelegenheit

bietet sich Brautleuten u. im Möbelspeicher, 13649^o Rosenthaler-Strasse 13, I. Daselbst stehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außerordentlich billigen Preisen, gebrauchte und verliehen gewesene Möbel zu wahrhaftigen Spottpreisen. Theilzahlung gestattet. Kleiderschränke 15, Küchenspinde, Kommoden 12, Sophas 15, Bettstellen mit Matratzen 18 Mark, Nußbaum-Kleiderschränke, Vertilows 30, Stühle 8, Muschelspinden 40, Trumeaus 65, Panellsophas 75, Plüschgarnituren 60 Mark. Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Buffets, Konsollentische, Spiegel, alles staunend billig. Bekannte Möbel können auf meinem Lager bis April kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.



Letzte Maskengarderobe der Louisestadt. Oranienstr. 49, I. 2. Gesch. Weidenweg 22. Kostüme von 1 M. an. Vereine Preisermässig.

In Roh-Tabaken und Utensilien für Cigarren-Fabrikanten

!! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
Alexanderstr. 22.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Achtung! Jahressatz, auch Theilzahl., wöchentl. 1 Mark. Gudel, Lauscher Platz 2, Eisenerstr. 12.

Unfalljachen, Klagen, Eingaben, Putzger, Steglitzerstr. 65

Belegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königsstr. 59, vorn I., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verliehen gewesene u. neue Möbel (spottbillig) verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Nußbaum-Kleiderspinden 30, Stühle 8 Mark, hochfeine Muschelspinden 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-Schreibtische, Damenschreibtische 30, Cylinderbureau, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Panellsophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Konsollentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlins zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Bekannte Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

Bekanntmachung!

Die zur Siegr. Grossmann'schen Konkursmasse gehörigen Waaren, bestehend in besseren Herren- und Knabengarderoben, werden Rosenthalerstr. 34/35 zu Tagespreisen anverkauft. 1558L*

Sophastoff-Reste

zu Bezügen ausreichend, in Phantasie, Kips, Damast, Crêpe, Gobelin, Moquette und Plüsch, sowie Satteltaschen spottbillig.

J. Adler, Teppichfabrik, Spandauerstraße 30, vis-à-vis dem Rathhause.

Die Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft

(Patent-Auer) C. Berlin, Molkenmarkt 5,

hat gegen eine Anzahl hiesiger Firmen — Aktiengesellschaft Butzke, — Aktiengesellschaft Stobwasser, — C. Kramme, Hoflieferant, — Erste Deutsche Gasglühlicht-Industrie, Trendel — Firma Benas, Vertreterin der Neuen Deutschen Gasglühlicht-Compagnie, Aschner & Co. System Dr. Blücher, — Firma Billeit, Vertreterin von Gautsch, und andere mehr, sowie gegen mehrere auswärtige Firmen Klage wegen Patentverletzung eingereicht.

In der Klagesache gegen die Vertreterin der Neuen Deutschen Gasglühlicht-Compagnie ist auf Antrag der Deutschen Gasglühlicht Aktiengesellschaft, Molkenmarkt 5, im Wege der einstweiligen Verfügung der Beklagten bei Vermeidung einer fiskalischen Strafe von 1000 Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung untersagt, für die Dauer des Prozesses solche Bunsenbrenner für Gasglühlicht-Beleuchtung gewerbsmässig herzustellen, feilzuhalten, in Verkehr zu bringen oder zu gebrauchen, bei denen ein fester Körper ganz oder zum theil in oder oberhalb der Brennermündung zu dem Zwecke angeordnet ist, um Explosionen in der Flamme oberhalb der Brennermündung und damit das Geräusch der Flamme zu beseitigen und bei denen um den festen Körper eine Kapsel angeordnet ist, über welche das untere Ende des schlauchförmigen Glühkörpers zu dem Zwecke gezogen wird, um die richtige Lage desselben zur heissesten Zone der Flamme zu sichern.

Die Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft wird nunmehr auch gegen diejenigen Abnehmer nachgemachter Brenner und Glühkörper mit Klage vorgehen, welche dieselben gewerbsmässig in ihren Läden, Werkstätten, Wohnungen etc. gebrauchen.